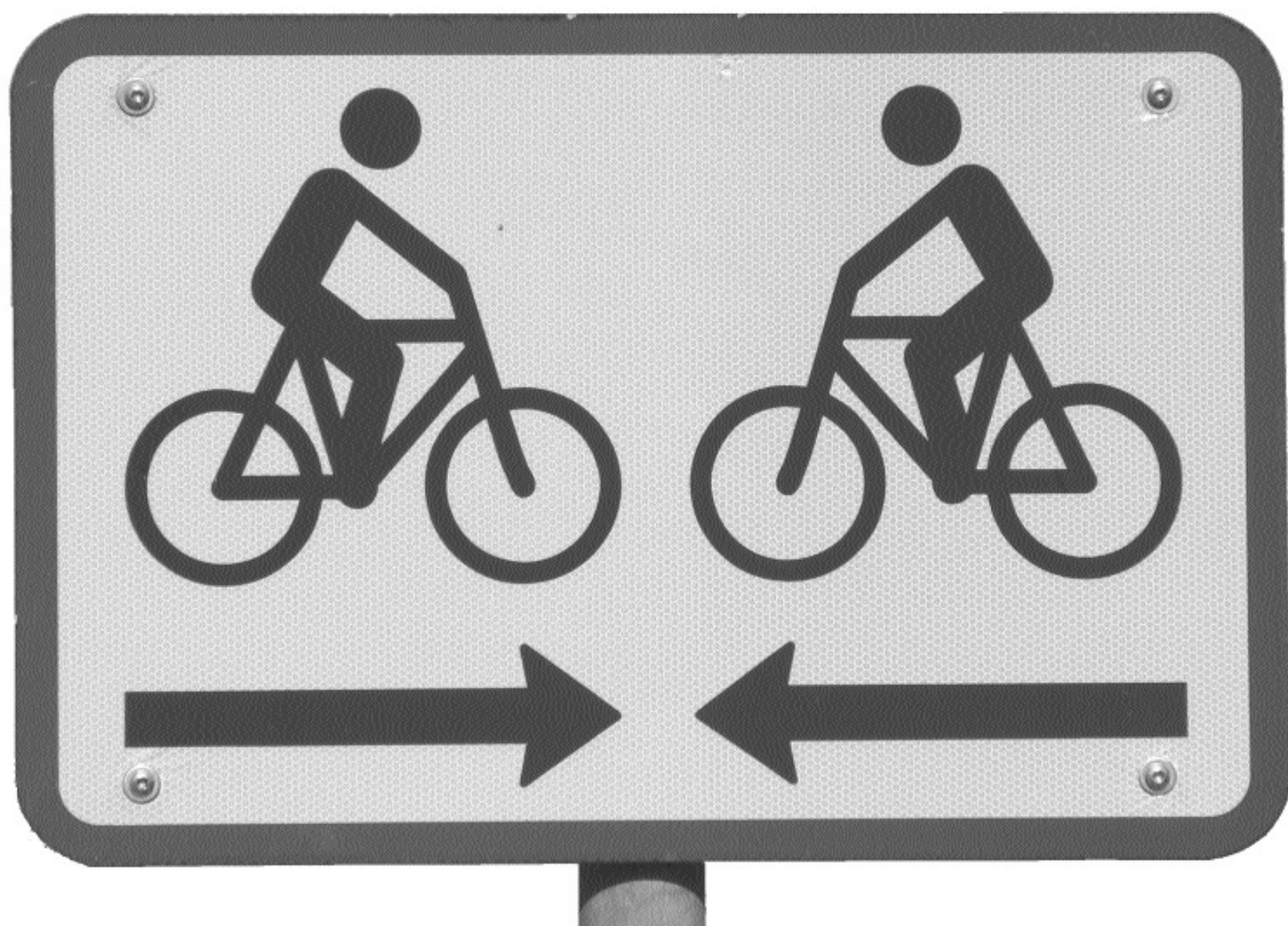


revista

linke zeitung für politik und kultur aus celle

ausgabe
nummer **34**

April / Mai 2006



- Protest deutscher Anti-AKW-Initiativen in Brüssel
- Nazi-Outing
- Naziaufmarsch in Celle am 09.Dezember 2006
- Biopiraterie - die Jagd nach dem grünen Gold der Gene
- Interview mit Karl-Heinz Dellwo
- "sic!" will helfen
- Neue soziale Bewegungen in Celle

Inhalt

STOP EURATOM Protest deutscher Anti-AKW-Initiativen in Brüssel	Seite 03
Nazi-Outing "... konfrontativer Bruch des Alltagsbewusstseins"	Seite 04
Naziaufmarsch in Celle am 09. Dezember 2006	Seite 05
Rosa-Luxemburg-Club Biopiraterie - die Jagd nach dem grünen Gold der Gene	Seite 06
Interview mit Karl-Heinz Dellwo "Die Jungs und Mädchen von dort kommen dann später nach."	Seite 08
Schließlich ist die Welt geschichtlich reif	Seite 10
Never ending story ... ? Landkreis soll rechte Spalte der Wohngeldtabelle als Richtlinie anwenden.	Seite 11
"sic!" will helfen Auch Erwerbslose sind nicht rechtlos	Seite 11
Neue soziale Bewegungen in Celle (1) Bürgerinitiativen gegen eine WAA und ein Atommüllendlager im Landkreis Celle	Seite 12
Lokales - Meldungen	Seite 16
Literatur - Zwei neue Bücher von Hans Pleschinski "Wer in Celle nichts sieht, sieht auch woanders nichts"	Seite 21
- Celle im Nationalsozialismus Ein topographischer Überblick	Seite 20
Termine im Kino 8^{1/2}	Seite 22
Termine	Seite 23

Hallo,

da haben wir uns ja ziemlich viel Zeit gelassen!
Dann haben wir auch noch Urlaub gemacht - aber
nun ist es wieder geschafft.

Einen besonderen Gruß an die RWLE Möller-
Stiftung: wir haben großzügige Unterstützung erfah-
ren, das ist wirklich klasse. Also noch mal auf die-
sem Weg ein dickes Dankeschön!

Übrigens machen wir ein offenes Treffen einmal im
Monat, nämlich den ersten Montag im Monat um 19
Uhr im Bunten Haus. Also wer Interesse hat kann
gerne kommen.

Viel Spaß beim lesen wünscht

Eure revista-Redaktion

Liebling der Ausgabe:

1. (-) Peter Struck,
der die vom Verlust ihrer Arbeitsplätze
bedrohten Mitarbeiter des Celler
Tierschutzinstituts erst noch mal "in Ruhe"
Weihnachten feiern ließ
2. (-) Horst Reichel,
ehem. HBG-Schulleiter und CDU-"Experte",
will Kinder schnell sortieren, um sie nicht
unglücklich zu machen
3. (2) Joachim Falkenhagen,
Hundefreund und Marx-(Ver-)Kenner
4. (-) Sebastian Biermann,
fahrlässiger Rauschtäter
5. (-) Gunther Jehle,
der uns die langerwartete Führer-Schlagzeile
brachte

<p>Impressum: Revista, Nr.34 Erscheinungsweise: alle 2 Monate, liegt kostenlos in diversen Kneipen und Läden aus, kann aber auch gerne gegen Portokosten abonniert werden (5 Stück für 5,- Euro). Postanschrift: Revista, c/o Buntes Haus, Postfach 1329, 29203 Celle email: Revista@gmx.de .V.i.S.d.P.: Ralf Hübner Konto: SKI, Sparkasse Celle, BLZ 25750001 K-Nr.: 108 099 698, Stichwort "Revista" Beiträge, die mit Gruppennamen oder Personenkürzel gekennzeichnet sind, geben nicht immer die Meinung der Redaktion wieder!</p> <p>http://mitglied.lycos.de/Revista/</p>
--

STOP EURATOM

Protest deutscher Anti-AKW-Initiativen in Brüssel

Rund 70 Mitglieder von Anti-Atomkraft-Initiativen aus dem ganzen Bundesgebiet protestierten kurz vor den offiziellen Feierlichkeiten anlässlich 50 Jahre Römischer Verträge inklusive EURATOM-Vertrag am Freitag, den 23. März, vor dem symbolträchtigen Atomium in Brüssel für ein Ende des EURATOM-Vertrages. Mit dabei war auch das Celler Forum gegen Atomenergie.

"Wir fordern das Ende des anachronistischen EURATOM-Vertrages! Keine weiteren EU-Gelder für die Atomenergie!" so Dietmar Siefert von der Celler Initiative, die die Protestaktion mit organisiert hatte. Zweck von EURATOM sei die Förderung, Koordinierung und Kontrolle der nuklearen Forschung und Atomenergieindustrie der Mitgliedsstaaten. Damit stehe dieses Projekt nach wie vor gegen eine wirkliche ökologische Energiewende und eine nachhaltige Politik gegen den Klimawandel.

Im Europaparlament in Brüssel hatten sich die Atomkraftgegner zuvor bei einem Hearing zu EURATOM informieren lassen: Ursula Schönberger von der Arbeitsgemeinschaft Schacht Konrad stellte ihre wissenschaftliche Studie mit grundsätzlichen Kritikpunkten an EURATOM vor. Tobias Pflüger von der Linksfraktion (GUE/NGL), der die Studie in Auftrag gegeben hat, zeigte den Zusammenhang zwischen dem neoliberalen EU-Verfassungsvertrag inklusive Militarisierung und dem EURATOM-Vertrag auf.

Weitere Referenten waren Francis Althoff von der Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg, Vladimir Slivyak von Ecodefense/Russland, sowie Matthias Eickhoff vom Aktionsbündnis Münsterland gegen Atomanlagen zu Atomtransporten und Urananreicherung".

"Es muss endlich öffentlich skandalisiert werden, dass durch EURATOM Milliarden Steuergelder undemokratisch am Europaparlament vorbei und gegen den erklärten Willen der Mehrheit der Europäer/innen für die Förderung der Atomtechnik ausgegeben werden. Alle Länder, die den Atomausstieg wollen, allen voran Deutschland, müssen endlich aus dem Vertrag aussteigen! Stattdessen könnten Milliarden für den Klimaschutz, Energiesparprogramme und erneuerbare Energien investiert werden!" so Ursula Schönberger.

Bei der Protestaktion vor dem symbolträchtigen Atomium machten die Mitglieder der Anti-AKW-Initiativen ihre Kritik mit Transparenten und Flugblättern deutlich: "50 Jahre Atomenergieförderung, Milliarden subventionen für Forschung und Ausbau einer unbeherrschbaren Risikotechnologie sind genug! Uran ist endlich, der Abbau für Mensch und Umwelt schädlich, der Transport gefährlich und schließlich gibt es keine Lösung für den Atom Müll - plus tägliches Restrisiko und Atomwaffengefahr!" ergänzt Dietmar Siefert von der Celler Initiative die Ablehnung von EURATOM.



Anti-Atomkraft Protest in Brüssel am 23. März 2007

"... konfrontativer Bruch des Alltagsbewusstseins"

Nazi-Outing

Während die Polizei wegen eines "Verstoßes gegen das Versammlungsgesetz" ermittelt, sah der Psychologe Thomas Kliche einen "konfrontativen Bruch des Alltagsbewusstseins". Gegenstand dieser unterschiedlichen Beurteilung ist ein Nazi-Outing, das knapp 30 Celler AntifaschistInnen Ende vergangenen Jahres veranstalteten. Sie hatten im Wohnumfeld von vier Rechtsextremisten Flugblätter verteilt, in denen über deren Aktivitäten und Gesinnung informiert wurde. In der "77er Straße" betraf es - wie das Flugblatt ausführt - Dennis B., seine Lebensgefährtin Janice K und André Z., die alle der Kameradschaft 73 zugeordnet werden. Dennis B. sei seit über 10 Jahren in diversen Gruppierungen der Celler Naziszene (u.a. Arische Front Celle und JN Celle) aktiv. Gemeinsam mit seinen Mitbewohnern André Z. und Jasmin K. nähmen sie immer wieder an Nazi-Aufmärsche im Bundesgebiet teil und seien auf Konzerten des "Blood and Honour"-Netzwerks anzutreffen. Zweite Station war die Burgstraße, wo die Nachbarn über Mario B. erfuhren, dass dieser Mitglied im rechtsextremistischen "Kampfbund Deutscher Sozialisten" sei und ebenso wie die anderen Geouteten ständiger Teilnehmer von Neonazi-Aufmärschen sei.

Im Anschluss an die Aktion geriet die Polizei in Hektik, kontrollierte im Stadtgebiet wahllos alternativ aussehende



Während die Celler Neonaziszene in Salzwedel aufmaschierte, outeten ca. 30 örtliche AntifaschistInnen einige Celler Neonazis.

Jugendliche. Auch das Bunte Haus blieb nicht verschont; auch hier wurden die Personalien aller sich gerade im Zentrum aufhaltenden Nutzer und BesucherInnen kontrolliert. Anschließend leitete die Polizei ein Ermittlungsverfahren wegen "Verstoßes gegen das Versammlungsgesetz" ein, weil sie die Aktion als unangemeldete Demonstration einstuft.

Die von der CZ befragte Nachbarschaft reagierte unterschiedlich. Während eine Vermieterin mitteilte, ihrem rechtsextremistischen Mieter daraufhin gekündigt zu haben, befürchteten andere, dass dieses Outing gewalttätige Aktionen nach sich ziehen könne.

Am erstaunlichsten war die Kommentierung des von der CZ als Experte befragten Psychologen Thomas Kliche: "Die Rechtsextremen merken, dass sie nicht im Dunkeln wühlen können. [...] Die möglichen Opfer rechtsextremer Angriffe fühlen sich unterstützt. Denn es gibt bundesweit täglich mehrere Verbrechen mit fremdenfeindlichem Hintergrund. Und die Gemeinde fühlt sich peinlich berührt und zu einer Stellungnahme gezwungen. Psychologisch gesprochen, findet ein konfrontativer Bruch des Alltagsbewusstseins statt. [...] rechtsextreme Netze (verfolgen) heute eine Strategie der unauffälligen Unterwanderung von Vereinen, Gemeinden und

Lokalpolitik, gekoppelt mit gezielter Einschüchterung von Andersdenkenden. Öffentlichkeit durchkreuzt diese Strategie. Manchmal muss diese Öffentlichkeit tatsächlich erzwungen werden. [...] Rechtsextremismus ist eine politische Haltung. Die Privatsphäre schützt unser persönliches Leben, unsere Intimität und unverwechselbare Individualität. Politisches Handeln richtet sich hingegen gerade auf uns alle, auf die Allgemeinheit. Es ist angemessen, über Politik im öffentlichen Raum zu streiten." (CZ, 05.01.2007) Kliche ist übrigens Vorsitzender der Sektion Politische Psychologie beim Berufsverband Deutscher Psychologen und dort Mitglied im Expertenbeirat "Prävention von Gewalt, Rechtsextremismus und interkulturellen Konflikten".

Zur Aktion gibt es eine Erklärung bei Indymedia unter

<http://de.indymedia.org/2006/12/165190.shtml?c=on#c403431>

Naziaufmarsch in Celle am 09. Dezember 2006

Am Ende haben die Celler Nazis ihren Aufmarsch nun doch noch hingekriegt, nachdem sie zuvor dreimal an eigenem Unvermögen gescheitert sind. So liefen knapp 160 Neonazis durch den Stadtteil Heese. Dieser wurde von einem riesigen Polizeiaufgebot exklusiv für die Neonazis abgeriegelt. Für ProtestiererInnen oder auch normale uneteiligte Bürger hieß es "Zutritt verboten".

Zuvor sammelten sich die Rechten auf dem Bahnhofsvorplatz. Der eigentliche Beginn sollte um 12 Uhr sein und laut Demonstrationsauflage sollten die Ordner spätestens um 11.30 Uhr anwesend sein. Doch zu diesem Zeitpunkt waren erst wenig Teilnehmer vor Ort, so dass der Anmelder der Demonstration, Christian Worch, einige Probleme hatte genug unvorbestrafte Personen als Ordner zu benennen.

Der Aufmarsch stand unter dem Motto: "Gegen Repression - für Demonstrationsfreiheit!" aber das Motto ist ziemlich willkürlich gewählt, denn derselbe Personenkreis führt mittlerweile fast monatlich irgendwelche Aufmärsche mit mehr oder weniger obskuren Mottos in Niedersachsen durch. Deshalb hat dieses Konglomerat von umherreisenden Neonazis mittlerweile die Bezeichnung "Worchs Wanderzirkus". Der Hamburger Neonazi Worch fungiert in den meisten Fällen als Anmelder.



Joachim Nathz (Bildmitte) vom "Sozial-Patriotischen Bündnis Landkreis Celle e.V." nahm ebenfalls an dem Aufmarsch teil. Im Jahre 2001 durfte er noch als geladener Referent bei der Jungen Union Lachendorf-Eschede sein politisches Wirken verharmlosen: "Meine rechte Gesinnung verleugne ich nicht, aber mit Radikalität habe ich nichts zu tun".

Wiechmann und der ehemalige Funktionär der mittlerweile verbotenen Freiheitlich Deutschen Arbeiterpartei (FAP) Dieter Riefling auf.

Für die Celler Nazis nahm Dennis Bührig das Mikrofon in die Hand und kündigte weitere Aufmärsche in Celle an. Auffallend war, dass der ehemalige Kopf der Celler Kameradschaft 73 Klaus Hellmund an diesem Tag nicht auf der Demonstration war. Bis dato war er die treibende Kraft der Celler Neonazis. Doch offensichtlich gibt es heftige Verwürfnisse und Hellmund hat wohl den Landkreis Celle verlassen. Zwar demonstrierte man am 24.02.2007 in Hildesheim wieder gemeinsam, doch viel zu sagen hatte man sich offensichtlich nicht.

In Celle selber ist es seit dem Aufmarsch im Dezember relativ ruhig geworden, doch scheint sich jetzt Bührig in der Szene zu etablieren und so trat er in Hildesheim wieder als Redner auf. DK



Dennis Bührig

Nach einem kurzen Auftakt am Bahnhof drehten die Nazis ihre Runde und hielten auf dem Lauensteinplatz eine Kundgebung ab. Als Redner traten dabei der bereits erwähnte Worch, der stellvertretende Landesvorsitzende der NPD Adolf Damann, der ehemalige Landesvorsitzende der niedersächsischen Republikaner Hans-Gerd



Celler Neonazis am Bahnhof

Biopiraterie - die Jagd nach dem grünen Gold der Gene



Biopiraterie? Sicher ein Begriff, mit dem nur wenige etwas anfangen können. "Bio" - das ist doch was Gutes. Und wer bei "Piraterie" an den "Roten Korsar" mit Kirk Douglas oder Johnny Depp in "Fluch der Karibik" denkt, wird auch nicht auf die Idee kommen, dass der Begriff eine neue Enteignungs- und Expansionsbewegung des Kapitalismus charakterisiert. Doch genau darum handelt es sich, wie Christiane Gerstetter, Juristin der BUKO-Biopiraterie-Kampagne, anlässlich einer Veranstaltung des Celler Rosa Luxemburg Clubs im Februar deutlich machte.

Die Berliner Referentin gab zunächst Beispiele dafür, was unter Biopiraterie zu verstehen ist: Da ist etwa das Unternehmen Cognis, das sein Geld vor allem mit Kosmetika verdient. Und dies ist auf die heilsamen Wirkungen des Öls des marokkanischen Argan-Baums aufmerksam geworden. Fix wurden in den USA und in Europa mehrere Patente auf Extrakte aus dem Argan-Baum angemeldet; auf ein spezielles Extrakt als Mittel gegen Akne und weitere Extrakte aus dem Fruchtfleisch im allgemeinen. Die Patentierung würde Cognis erlauben, die geschützte "Sache", worunter man bisher eine kreative Leistung oder Erfindung verstand, für eine bestimmte Zeit alleine zu nutzen oder zu produzieren. Anderen Unternehmen könnte der Rechteinhaber die Nutzung gegen die Zahlung von Lizenzgebühren gestatten. Nur: Cognis hat Agran-Öl und seine Eigenschaften weder entdeckt noch erfunden. Dies haben Menschen in Marokko.

Der Begriff der "Piraterie" verweist darauf, dass hier geklaut wird bzw. werden soll. Die Menschen, die bestimmte Nutzpflanzen gezüchtet haben, oder die wissen, wie bestimmte Heilpflanzen genutzt werden, werden oft nicht um ihre Zustimmung zur Nutzung gefragt und erhalten noch seltener einen Anteil aus den Gewinnen. In Bezug auf den Argan-Baum gibt es zwar großspürige Nachhaltigkeitserklärungen des patentanmeldenden Unternehmens, aber keinerlei Hinweise auf eine Entschädigungs-Vereinbarung.

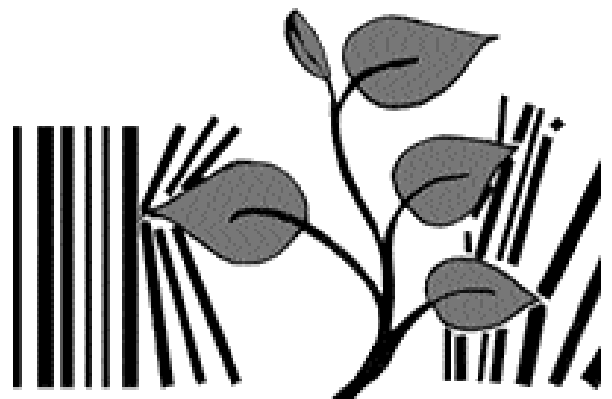
Der Fall des Argan-Baumes ist leider keine Ausnahme. Christiane Gerstetter erläuterte den gewissermaßen kolonialen Charakter dieser modernen Raubzüge: Die biologische Vielfalt ist in den so genannten Entwicklungsländern am größten. Und dort gebe es z.B. in indigenen Bevölkerungen ein Wissen darum, wie bestimmte Pflanzen zum Beispiel zu

Heilzwecken genutzt werden können. Die Unternehmen und Forschungseinrichtungen, die Patent-Interessen an entsprechenden Pflanzen und dem dazugehörigen Wissen haben, säßen dagegen in den Industrieländern und strichen die Gewinne ein.

Biopiraterie bezeichne also die private Aneignung von Leben - d. h. von Pflanzen oder Tieren und ihren Bestandteilen oder Genen - und des Wissens über seine Nutzung mit Hilfe sogenannter geistiger Eigentumsrechte. Die Inhaber des geistigen Eigentumsrechts können alle anderen von der gewerblichen Nutzung der entsprechenden Erfindung, des Namens etc. ausschließen oder dafür Lizenzgebühren verlangen. Geistige Eigentumsrechte schaffen für ihre Inhaber so eine Art Monopol und führen zur Privatisierung von Erfindungen, Natur und Wissen. Diese werden zur Ware.

Als Grundlage für ein derartiges Vorgehen skizzierte die Referentin das Verständnis bürgerlich-kapitalistischer Gesellschaften von geistigen Eigentumsrechten. Patentieren oder schützen lassen kann man nach dieser Vorstellung "anything under the sun, that was made by man". Bei Pflanzen wären es bisher vor allem die so genannten Sortenschutzrechte gewesen, mit denen sich Saatguthersteller bestimmte Rechte an der geschützten Pflanzensorte sichern bzw. andere vom Verkauf oder Export dieser Sorte oder entsprechendem Vermehrungsmaterial auszuschließen.

Bedeutsam ist die Internationalisierung dieses Verständnisses auf Basis von Abkommen, die in den vergangenen 15 Jahren geschlossen wurden, und permanent weiterentwickelt werden. Gerstetter nannte das TRIPS-Abkommen (Agreement on Trade Related Aspects of Intellectual Property



Rights) von 1995, in dem die handelsbezogenen Aspekte geistiger Eigentumsrechte für alle Mitgliedstaaten der WTO geregelt werden. Hierin ist auch die Möglichkeit der Patentierung von Tieren und Pflanzen beschrieben. Daneben stehe gewissermaßen als "Feigenblatt" die Biodiversitätskonvention (Convention on Biological Diversity), die die einfache Entwendung und Patentierung von Pflanzen, Tieren, Mikroorganismen und genetischen Ressourcen einschränke. Sie gebe Regeln für die Aneignung des begehrten biologischen Materials vor: Wenn nach einer Einigung zwischen den ursprünglichen Nutzern und einem interessierten Unternehmen diesem ein Patent erteilt werde, liege nach der Sichtweise dieser Konvention keine Biopiraterie mehr vor - egal, welche "Nebenwirkungen" dabei zutage träten.

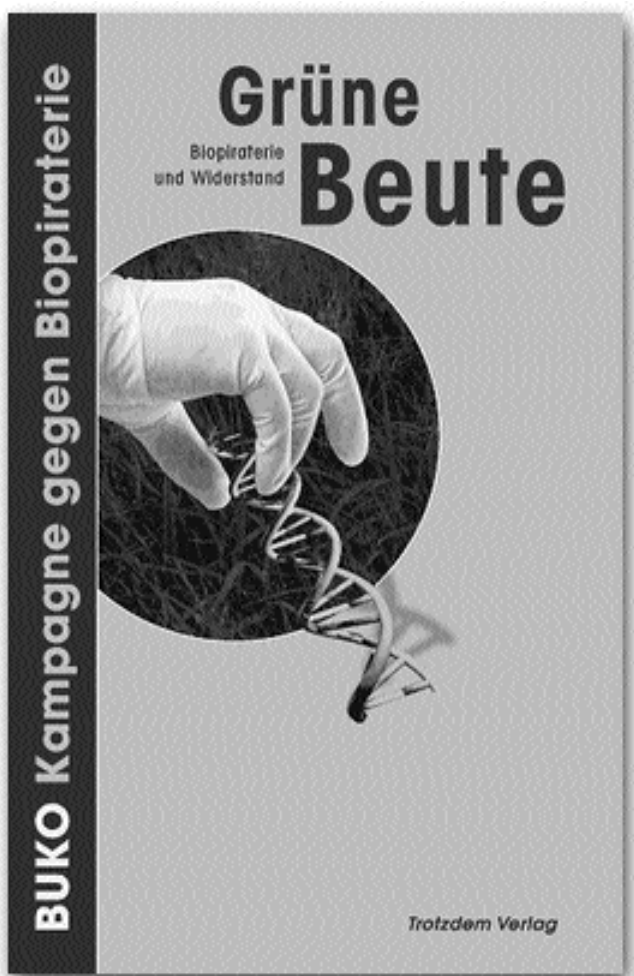
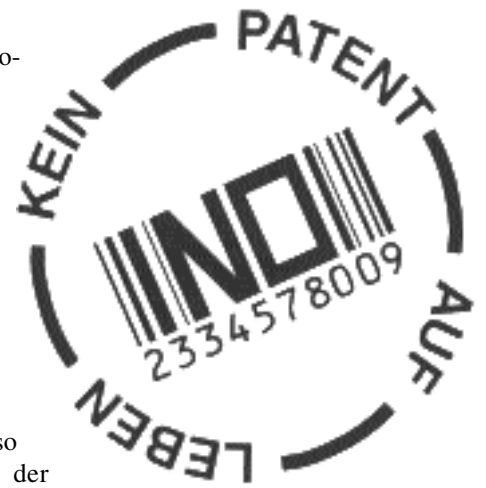
Die in Deutschland in der BUKO-Kampagne organisierten GegnerInnen der Biopiraterie gehen mit ihren Analysen und Forderungen über den Gehalt dieser Konvention hinaus. Biopiraterie werde von ihnen als grundsätzlicher Prozess von Inwertsetzung und Gesellschaftsveränderung im globalen Kapitalismus interpretiert. Die meisten Biopiraten hätten ihr Hauptquartier in den Industrieländern des Nordens. Für die dort ansässigen Pharma- und Agrarunternehmen sei die biologische Vielfalt unseres Planeten in erster Linie ein Jagdrevier, um "grüne Beute" zu machen. Die erbeuteten Produkte wiederum seien vor allem für die Märkte der Industrieländer bestimmt. Die Zentren der biologischen Vielfalt - der Vielfalt

an Genen, Arten und Ökosystemen auf der Erde - und das Wissen über ihre Nutzung wären dagegen zum allergrößten Teil in den Ländern des globalen Südens, wie z. B. Mexiko oder Kolumbien, angesiedelt.

Biopiraterie ähnele, so die Auffassung der Referentin, dabei in mancher Hinsicht kolonialen Ausbeutungsstrukturen: die "Rohstoffe" (heutzutage nicht mehr nur Kaffee sondern z. B. auch Heilpflanzen) kämen aus dem Süden, Weiterverarbeitung und Wertschöpfung geschehe dagegen im Norden. Die Menschen im globalen Süden erhielten häufig keine Entschädigung und hätten keinen Nutzen von den Produkten, die auf Grundlage ihres Wissens oder der in ihrem Lebensumfeld vorhandenen biologischen Vielfalt entwickelt würden.

Christiane Gerstetter schilderte einige Beispiele, wie es durch gezielte Informationskampagnen in Einzelfällen gelungen sei, die Öffentlichkeit auf das Tun der "Genjäger" aufmerksam zu machen und Patentierungen zu verhindern - etwa von dem Konzern DuPont hinsichtlich von Ölmais.

Auch auf dem G8-Gipfel Anfang Juni 2007 in Heiligendamm würden die Staatschefs sich wieder des "Problems" der geistige Eigentumsrechte annehmen. Und dabei gehe es dann nicht nur um die Bekämpfung der Nachahmung von Markenprodukten, sondern Thema ist auch eine "TRIPS-plus-Agenda", womit jegliche Ausnahmen von der Patentierbarkeit, zum Beispiel für Tiere und Pflanzen, ausgeschlossen werden sollen. Die Referentin verwies darauf, dass die Verschärfung geistiger Eigentumsrechte, Biopiraterie fördere. Und dies mit schwerwiegenden Konsequenzen: Sortenschutz, Patent- und Markenrecht sorgen nämlich dafür, dass beispielsweise Tausch und Nachbau von Saatgut strafbar werden, dass traditionelles Wissen zur Ware wird und bäuerliche Rechte nichts mehr gelten. Das bedrohe weltweit die Ernährungssouveränität und gefährde die biologische Vielfalt - insbesondere in den Ländern des Südens.



Mehr Infos unter: www.biopiraterie.de; das 160-seitige Buch zur Kampagne "Grüne Beute. Biopiraterie und Widerstand. Argumente, Hintergründe, Aktionen" gibt's freundlicherweise zum download unter <http://www.gruenebeute.de/> - aber für 12 Euro auch im Buchhandel (ISBN 3-931786-40-4).

"Die Jungs und Mädchen von dort kommen dann später nach."



Im Januar hatte der Rosa-Luxemburg-Club den Hamburger Filmemacher Karl-Heinz Dellwo eingeladen, im Kino 8 ½ seine Dokumentation "Neben der Spur" [1] vorzustellen. Der Film widmet sich der sozialpädagogischen Arbeit des Jugendheims "Putenhof Belitz" im Wendland und der Bedeutung, die dabei der intensive Kontakt der Einrichtung zur Gedenkstätte Terezin/Theresienstadt hat. Ausführlich kommen die Jugendlichen an beiden Orten zu Wort; im Jugendheim, wo sie ihre Arbeits- und Lebenssituation und die damit verbundenen Hoffnungen kommentieren, wie auch in der heutigen Gedenkstätte Terezin, wo sie ihre Gefühle und Erfahrungen in der Konfrontation mit dem Gedenken an den nationalsozialistischen Terror schildern.

Wir haben die Gelegenheit genutzt, Karl-Heinz Dellwo zum Film und seiner besonderen Beziehung zu Celle zu befragen.

Du warst Mitglied des Kommandos der "Rote Armee Fraktion" (RAF), das 1975 die Stockholmer-Botschaftsbesetzung durchgeführt hat, und hast dann 20 Jahre in Düsseldorf und Celle in Gefängnissen gesessen. Hat es für dich eine besondere Bedeutung, den Film jetzt auch in Celle vorzustellen?

Vielleicht hätte ich die Frage vor der Filmaufführung so beantwortet: Wenn ich in Celle bin, bin ich fast schon automatisch in einer bestimmten Geschichte drin, der Gefängniszeit, dem Hochsicherheitstrakt, Isolation, Hungerstreiks und anderem, aber auch einem Herauskommen, in dem ich mich gelassen und selbstsicher gefühlt habe. Zu meiner Überraschung kam zur Filmaufführung der ehemalige Anstaltsleiter Kühling, der Mann, der von JVA-Seite das "Celler Loch" [2] abgedeckt hat, der damals u.a. geholfen hatten, Sigurd Debus mit gefälschten "Beweisen" wieder zu isolieren, der unnachahmlich, wenn er in der Öffentlichkeit über den Hochsicherheitstrakt sprach, die kleine Durchreiche in der Zellentür z.B. als "Futterklappe" bezeichnete, da es für ihn scheinbar Vieh war, was auf der anderen Seite gefangen gehalten wurde. Herr Kühling schien unbedingt Fragen loswerden zu wollen. Ob ich wirklich ein Studio habe in Hamburg, wie ich wohne? Ob ich eine Eigentumswohnung hätte? Ob ich in einer Beziehung lebe, Freunde hätte, ob ich noch Kontakt zu den beiden anderen hätte (Knut Folkerts und Lutz Taufer [3]), ob mir noch jemand zu einer Ausbildung verholfen hätte, wie ich denn filmen könnte? usw., so viele Fragen, als könne er irgendetwas nicht glauben. Dann kam die Frage: "Träumen Sie nachts noch oft von Celle?" Sie hat mich völlig verblüfft und auf der ganzen Rückfahrt begleitet. Selten habe ich eine Frage gestellt bekommen, die soviel von der eigenen Absicht transportierte! Was ist die Erwartung dahinter? Was ist sein Selbstverständnis? Das er sich im Gefangenen sadistisch verankert hat und ihn bis zum Ende des Lebens als Albtraum mit-

gegeben ist? Ich bin immer noch verblüfft, wie man sich so enthüllen kann. "Nein, noch nie, ich träume nie vom Gefängnis", war meine Antwort und so ist es auch. Deswegen möchte ich die Frage, ob es eine besondere Bedeutung hat, wenn ich in Celle bin, jetzt mit einem "Ja" beantworten. Und hinzufügen: "Es war eine stille, sehr dauerhafte, manchmal aber auch sehr offene Gewalt, oft hatte ich Zweifel darüber, dass ich es durchstehe. Aber gegen alles haben wir uns nie verloren, auch wenn es uns manchmal fast das Leben gekostet hat und Sie, Herr Kühling, und noch ein paar andere, Sie sind für unser Leben trotz allem so etwas von unwichtig, das man nachsehen muss, wie ihr Name geschrieben wird; Sie haben in der Gesellschaft weder etwas Gutes, noch bei uns etwas Böses hinterlassen."

Wie bist du zum Filmemachen gekommen und was hast du bisher für Projekte realisiert?

Ich hatte mich schon im Gefängnis mit Filmtheorien beschäftigt. Bilder gegen die Isolation und den toten Raum um uns. Nach der Entlassung habe ich dann irgendwann angefangen, lange Zeit nur Kamera, dann aber auch Schnitt und Konzeption. Die Filme, die ich selber auch komplett konzipiert habe, sind in den letzten Jahren "Himmel...graulos...", "Neben der Spur" und den Film für amnesty international, "du kannst". [4] Daneben diverse kleinere.

"Neben der Spur" ist ein Film auch über Heimerziehung. Den älteren unserer LeserInnen wird eine Parallele zu den Protagonisten der so genannten ersten Generation der RAF auffallen. Ulrike Meinhof hatte ja 1969 mit "Bambule" einen Film zu der damaligen Situation in deutschen Erziehungsheimen produziert, der dann über 20 Jahre im Giftschrank der öffentlich-rechtlichen Sendeanstalten verschwand. Ihr Thema:



Eine Gruppe Jugendlicher der Putenhofs während des Workcamps in Terezin.

Heimerziehung als Repression und autoritäres Zuchtmittel, und gegen die taugt - gewissermaßen in Analogie zur ganzen Gesellschaft - nur Revolte was. Heimerziehung hat sich gewandelt, zumindest in Projekten wie dem "Putenhof". Trotzdem kann man ja skeptisch sein, was die Chancen der Jugendlichen auf ein halbwegs selbstbestimmtes Leben angeht. Manche der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen haben sich ja gegenüber 1970 sogar verschärft. Ich hatte den Eindruck, dass sowohl Erzieher wie Jugendliche diesem Aspekt eher ausweichen und damit auch dein Film.

Ja, die Frage scheint mir rhetorisch gut. Man kann nicht nur "skeptisch sein", was die Perspektive dieser Jugendlichen betrifft. Alles scheint für sie schon verloren. Und doch! Man muss etwas tun. Es ist wichtig, dass sie nicht im bewussten Destruktiven untergehen, es ist wichtig, dass sie überleben. Es ist wichtig, dass sie einen Raum haben, der ihnen wenigstens hilft, etwas zu finden, wo sie bei sich sind. Diese Arbeit löst keine gesellschaftlichen Grundwidersprüche. Das kann aber nicht das Alibi dafür sein, nichts zu tun. Das Wort "Revolte" klingt gut, es ist leicht auszusprechen. Aber man muss auch zur Revolte befähigt sein. Und nur Menschen, die ein Bild über sich selber finden, werden dazu befähigt sein. Ich habe keinen Film über Heimerziehung als Repression gemacht. Mir ging es darum Jugendliche zu zeigen, die, wenn man ihnen nahe kommt, ungemein einnehmen und bewirken, dass man sich auf ihre Seite stellt. Insoweit weicht der Film nirgendwo aus. Lassen wir diesen Jugendlichen doch erst einmal diesen Raum, in dem sie Atem holen können. Das scheint das, was sie von ihrer Geschichte her am nötigsten brauchen. Die, denen es besser geht, die sollen mit der Revolte, wenn sie denn wissen, was ihr Inhalt ist, schon mal anfangen. Die Jungs und Mädchen von dort kommen dann später nach.

Wie gehst du damit um, dass viele der Leute, die deinen Film sehen, deine Biografie im Hinterkopf und dadurch vielleicht bestimmte Erwartungshaltungen haben?

Ich bin bemüht, wenn wir nach dem Film diskutieren, dass die Diskussion auch am Inhalt des Filmes läuft und nicht an meiner Biografie entlang. Ich blocke dann auch mal gerne Frage zur Biografie mit dem Hinweis ab, dass ich gerne dazu bereit bin, aber dann auf einer anderen Veranstaltung.

Beschäftigst du dich aktuell mit neuen Stoffen oder Projekten?

Ja, zur Zeit arbeite ich an einer Dokumentation über eine Ausstellung über die Geschichte der Psychoanalyse in Deutschland. Dann habe ich zwei komplexere Filmideen, die sind aber erst noch am reifen. So etwas zu realisieren ist nicht einfach, denn die bisherigen Filme waren low-budget-Filme und diese Projekte wären so nicht mehr zu realisieren.

Schon im Zusammenhang mit der Diskussion um die mögliche Entlassung von Brigitte Mohnhaupt und Christian Klar gab und gibt es einen erstaunlichen Medienhype, der sich zum 30. Jahrestag des so genannten Deutschen Herbstes sicherlich noch steigern wird. Wie erlebst du dieses "Interesse"?

Eine hysterische Diskussion. Sie ist von ihrem sich überschlagenden, regelmäßig auch gegenseitig sich ausschließenden Inhalts unbedeutend und nur als eigener Tatbestand von Interesse. Im "Freitag" letzter Woche las ich in einem Artikel von Heinrich Senfft [5], dass die Nazis "zwar gemordet und alles kurz und klein geschlagen (haben), aber sie haben die - westdeutsche - Gesellschaft nie in so existenzielle Unruhe, ja Hysterie, versetzt wie die Studentenrevolte und die Versuche, die westdeutsche Restaurationsgesellschaft zu verändern." Ja, das ist eine Überlegung wert. Man könnte auch gleich sagen: Die einen haben im Kontext des herrschenden gesellschaftlichen Konsens ihre barbarische Gewalt ausgeführt und wir standen mit unserer Gewalt außerhalb der Gesellschaft. Deswegen sind unsere Taten im medialen Raum inzwischen das Ungeheuerliche an sich. Ansonsten sage ich mir bei dieser Hetze und dem Schüren von Hass, Rache, Gnadenlosigkeit und sadistischen Fantasien als gesellschaftliche Grundstimmung, dass man gut beraten ist, wenn man seinen kleinen Reisekoffer nicht all zu weit entfernt deponiert.

[1] Neben der Spur. Regie, Kamera und Schnitt: Karl-Heinz Dellwo. DVD, 81 Minuten. Als DVD kann man den Film für 20 Euro bestellen über: <http://www.bellastoria.de>



Der Eingang zum ehemaligen KZ Theresienstadt; einmal im Jahr beteiligt sich eine Gruppe der Jugendlichen des Putenhofs an einem Workcamp in der heutigen Gedenkstätte.

[2] Mit dem "Celler Loch" ist nicht die ehemalige Kult-Kneipe in der Bahnhofstraße gemeint, sondern jenes, das durch den im Jahr 1978 vom Verfassungsschutz veranlassten Sprengstoffanschlag in der Außenmauer der Celler JVA entstand. Der Öffentlichkeit wurde vorgegaukelt, es sei ein Versuch gewesen, den in Celle einsitzenden Sigurd Debus zu befreien. Debus war der erste Gefangene im 1978 eingerichteten Hochsicherheitstrakt. Er war u.a. verurteilt worden wegen eines Banküberfalls im Zusammenhang mit dem Versuch, eine Hamburger Stadtguerillagruppe aufzubauen. Mit Verweis auf das "Celler Loch" wurden immer wieder die rigiden Haftbedingungen für Sigurd Debus und andere begründet. Er starb im Hungerstreik gegen diese Haftbedingungen am 16. April 1981 im Hamburger Knast Fuhlsbüttel.

[3] Nach dem Hungerstreik der RAF 1981 war im Celler Hochsicherheitstrakt eine Kleinstgruppe zusammengelegt worden: Lutz Taufer, Karl-Heinz Dellwo und Knut Folkerts,

die bis zu ihrer Haftentlassung 1995 bzw. 1996 bestand.

[4] Mehr zu diesen Filmen auch unter <http://www.bellastoria.de>

[5] Heinrich Senfft: Gnade? Gnade! KOMMENTAR - Wie lange soll das "Lebenslänglich" für Mohnhaupt und Klar noch dauern?: in: Freitag. Die Ost-West-Wochenzeitung, Nr. 05 / 02.02.2007. (<http://www.freitag.de/2007/05/07050202.php>)

*** Als Podcast lässt sich übrigens ein aktuelles Interview von Jürgen Wiebicke (WDR) mit Gabriele Rollnik (beteiligt an der Lorenz-Entführung) und Karl-Heinz Dellwo (beteiligt am RAF-Anschlag in Stockholm) - Titel: "Die Sehnsucht nach dem großen Sprung - Ex-Terroristen über ihr Leben im Untergrund (15.03.2007)" downloaden: http://medien.wdr.de/download/1174030705/radio/fhgespraech/fhg_070315.mp3

Schließlich ist die Welt geschichtlich reif ...



Geltung gegeben und darüber hinaus an einer Perspektive gearbeitet.

Aber wie sieht das in Europa aus? Von hier aus rollt weiter dieses imperiale Bündnis, das sich ermächtigt, jedes Land der Erde, das sich seiner Zurichtung für die aktuelle Neuverteilung der Profite widersetzt, aus dem Himmel herab

Liebe Freunde, das Thema der diesjährigen Rosa-Luxemburg-Konferenz "Das geht anders" bedeutet - so verstehe ich es - vor allem die Würdigung der Inspiration, die seit einiger Zeit von verschiedenen Ländern Lateinamerikas ausgeht. Dort wird nach zwei Jahrzehnten sozial vernichtender Rezepte der internationalen Besitzerklasse endlich den Rechten der Massen wieder

zu züchtigen und seine ganze gesellschaftliche Daseinsform in einen Trümmerhaufen zu verwandeln. Die propagandistische Vorarbeit leisten dabei Regierungen und große professionelle PR-Agenturen, die Ideologien verbreiten, mit denen alles verherrlicht wird, was den Menschen darauf reduziert, benutzt zu werden.

Trotzdem gilt hier ebenso: "Das geht anders". Wo sollte sonst die Kraft zu kämpfen herkommen? Die spezielle Sache dürfte sein, dass die in Europa ökonomisch gerade abstürzenden großen Gesellschaftsbereiche den chauvinistischen "Rettern" entrissen werden. Sonst wird es nicht möglich sein, die Niederlage der Pläne des Kapitals zu vollenden und die Tür für eine andere Zukunft aufzumachen.

Es muss immer wieder betont werden: Schließlich ist die Welt geschichtlich reif dafür, dass die zukünftigen Neugeborenen in ein Leben treten können, das die volle Förderung aller ihrer menschlichen Potenziale bereithalten kann und die Gespenster der Entfremdung von des Menschen gesellschaftlicher Bestimmung vertrieben sind.

Christian Klar, Grußwort für die diesjährige Rosa-Luxemburg-Konferenz

Die Rosa-Luxemburg-Konferenz findet seit 1996 jeweils am zweiten Samstag im Januar in Berlin statt. Diese wird von der Tageszeitung junge Welt mit Unterstützung verschiedener Partner veranstaltet, in den letzten Jahren in Zusammenarbeit mit der Solidaritätsbewegung Cuba Sí und der Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde (GBM).

Never ending story ... ?

Landkreis soll rechte Spalte der Wohngeldtabelle als Richtlinie anwenden

Die beiden Abgeordneten des Bündnis Soziale Gerechtigkeit (BSG), Andreas Hauptmeyer und Donald Smith, haben im März in Stadtrat und Kreistag je einen Antrag eingebracht, in dem der Landkreis Celle als Träger der Kosten der Unterkunft im Rahmen des SGB II aufgefördert wird, die durchgängige Rechtsprechung des Landessozialgerichts Niedersachsen-Bremen (LSG) zur Grundlage seiner Bewilligungspraxis zu machen. Stadtratsmitglied Andreas Hauptmeyer schließt aus vielen Kontakten mit Betroffenen, dass im dreistelligen Bereich die Mietkosten in Stadt und Landkreis Celle nicht gemäß der Richtlinien des LSG übernommen würden. "Deshalb müssen sich jetzt endlich Stadtrat und Kreistag dieses Problems annehmen und der Landkreisverwaltung eine Kursänderung abverlangen," fordert er.

Der Landkreis Celle als Träger der Kosten der Unterkunft definiere die Angemessenheit der Wohnungskosten nach Auffassung der beiden Abgeordneten deutlich unterhalb der "rechten Spalte" der Wohngeldtabelle, die das LSG als Richtlinie vorgebe. "Es ist skandalös, wie der Landkreis diese Rechtsprechung bis heute ignoriert und mit seiner nicht haltbaren Sicht der Angemessenheit die Betroffenen zu Umzügen oder zu Einkommenseinbußen zwingen will," meint Hauptmeyer. Er will, dass Kreistag und Stadtrat Beschlüsse herbeiführen, die die Landkreisverwaltung an die Vorgaben des Landessozialgerichts bindet.

Die Orientierung an der rechten Spalte der Wohngeldtabelle würde für die Stadt Celle bei einem Ein-Personenhaushalt einen Richtwert von 325 Euro und bei



einem Zwei-Personenhaushalt 395 Euro jeweils inklusive der kalten Nebenkosten bedeuten. In den Gemeinden des Landkreises wären die Beträge 280 bzw. 345 Euro. Wer zuletzt gegen niedrigere Bescheide des Landkreises geklagt habe, bekam nach Hauptmeyers Einschätzung in aller Regel Recht. Leider spekuliere der Landkreis darauf, dass viele Betroffene nicht um ihre Rechte wüssten, keine Widersprüche einlegten und die fehlenden Erstattungen aus der Regelleistung oder anderen Quellen bestreiten würden.

Die beiden BSG-Abgeordneten hoffen, dass die kommunalen Gremien von Stadt und Kreistag sich schnell mit diesem Problem befassen und es durch eine eindeutige Beschlussfassung aus der Welt schaffen würden.

Die Anträge und eine ausführliche Anfrage von Donald Smith an die Kreisverwaltung können bei der BSG telefonisch (05141-2790434) oder per e-mail (info@bsg-celle.de) angefordert werden.

"sic!" will helfen

Auch Erwerbslose sind nicht rechtlos

"Sozial in Celle!" oder in Kurzform "sic!" nennt sich eine neu gebildete Initiative, in der sich sozial engagierte Menschen zusammengefunden haben. Sie wollen Erwerbslose und Geringverdiener in ihren Interessen unterstützen. An jedem Dienstag und Donnerstag können sich Betroffene zwischen 14 und 17 Uhr an die Gruppe wenden. Das "Bündnis für soziale Gerechtigkeit" (BSG) stellt hierfür sein Büro in der Heese 14 zur Verfügung. Die ehrenamtlichen Mitarbeiter der Initiative wollen Antworten auf Fragen zu Hartz IV geben und Hilfestellungen bei Konflikten mit den Leistungsträgern anbieten. Mit dabei ist auch Walter S., selbst seit längerer Zeit erwerbslos. Er begründet sein Engagement so: "Ich habe selbst erlebt, wie schwierig es in komplizierten Fällen sein kann, mit der Arbeitsagentur oder dem Landkreis zu tragfähigen Lösungen zu kommen. Man fühlt sich in solchen Konfliktlagen oft allein gelassen. Der Austausch von

Erfahrungen und eine solidarische Unterstützung kann hier viel bewirken."

Andreas Hauptmeyer, Ratsherr für die BSG, begrüßt die Initiative: "Gewählt wurde unsere Liste vor allem, weil wir das Thema der Armut durch Hartz IV aufgegriffen haben. Deshalb ist es für uns



selbstverständlich, der Initiative in unserem Büro Raum zu geben." Man habe zwar eigentlich erwartet und darauf gehofft, dass die Konflikte und Probleme im Laufe der Zeit weniger werden würden. Doch die Erfahrungen zeigen das Gegenteil.

Die Mitarbeiter der neuen Initiative erwarten gerade jetzt einen großen Beratungsbedarf. "Nachzahlungen bei Neben- und Heizkosten stellen viele Erwerbslose vor große Probleme. Wir weisen ausdrücklich darauf hin, dass diese Nachzahlungen auf Antrag in aller Regel vom Landkreis übernommen werden müssen. Betroffene sollen sich mit gegenteiligen Auskünften nicht abspesen lassen." Die Sozialgerichte hätten Pauschalierungen dieser Kosten eine Absage erteilt: "Wenn Miete und Nebenkosten im Rahmen der Sätze der Wohngeldtabelle liegen, müssen die Nebenkosten in voller Höhe erstattet werden." Bei den Heizkosten seien so viele Faktoren zu berücksichtigen, dass eine Begrenzung dieser Kosten nur für den Fall nachweislich unwirtschaftlichen

Heizens möglich sei.

"sic!" beklagt, dass es immer wieder Fälle gebe, in denen sich der Landkreis nicht an die Vorgaben der Sozialgerichte halte und die Betroffenen deshalb Widersprüche und Klagen einreichen müssten: "Wer seine Ansprüche durchsetzen will, muss sich selbst kundig machen und sich im Zweifel wehren." Die Initiative will Betroffene hierbei unterstützen.

Neben der Möglichkeit der persönlichen Beratung hat die Initiative unter www.sic-celle.de Tipps ins Internet gestellt. Fragen können auch per e-mail gestellt werden an: sic-celle@web.de.

Telefonisch ist die Initiative zu den Büroöffnungszeiten unter 05141-2790436 zu erreichen. Die Gruppe hofft zudem darauf, weitere Interessierte anzusprechen, um den Erfahrungsaustausch und die Beratungsmöglichkeiten auszuweiten.

Neue soziale Bewegungen in Celle (1)

Bürgerinitiativen gegen eine WAA und ein Atommüllendlager im Landkreis Celle

Vor 30 Jahren, am 22. Februar 1977, gab Niedersachsens Ministerpräsident Ernst Albrecht bekannt, dass die Landesregierung Gorleben im Landkreis Lüchow-Dannenberg als Standort für eine geplante Wiederaufarbeitungsanlage (WAA) und das Endlager für Atommüll ausgewählt habe. Vorausgegangen waren 12 Monate, in denen auch Lutterloh im Landkreis Celle zu den möglichen Standorten für ein Atommüllendlager und die WAA zählte. In Hermannsburg, Unterlüß, Eschede und Celle entstanden in dieser Zeit Bürgerinitiativen gegen Atomanlagen, von denen die seinerzeit bedeutendste die BI Südheide war.

Im Februar 1976 war durch einen Bericht in der Hannoverschen Allgemeinen Zeitung durchgesickert, dass zu den mögliche Standorten für eine atomare WAA und ein Atommüllendlager auch Lutterloh im Landkreis Celle gehörte. Zwischen 1973 und 1975 hatte die KEWA (Kernbrennstoff-Wiederaufarbeitungs-Gesellschaft) eine Standortsuche in Niedersachsen durchgeführt. Wichtige Kriterien waren das Vorhandensein eines Salzstocks für die Endlagerung des Atommülls und eine dünnbesiedelte Region. Von 24 überprüften Standorten waren am Ende Wippen im Emsland, Lutterloh bei Unterlüß in der Lüneburger Heide und Lichtenmoor bei Nienburg in die engere Auswahl gekommen. Fast wäre übrigens auch der Salzstock Mariagluck bei Höfer dabei gewesen.

BEWEGUNGSGESCHICHTE

Dies ist der erste Teil eines Rückblicks in die regionale Bewegungsgeschichte, den wir in den folgenden Ausgaben fortsetzen wollen. Seitens des Archiv für Neue soziale Bewegungen ergeht deshalb hier die Aufforderung an ältere AktivistInnen, ihre Flugblatt- und Materialsammlungen zur Verfügung zu stellen. Insbesondere für die 1970er Jahre gibt es etliche Lücken im Archiv. Setzt Euch bitte mit dem Archiv in Verbindung unter buha-archiv@t-online.de oder jeden Donnerstag zwischen 17 und 19 Uhr im Bunten Haus.

Am 25. und 27. Februar berichtete die Cellesche Zeitung erstmals, ohne allerdings von den zuständigen Stellen genauere Informationen bekommen zu haben. Eine Standortskizze wies eine Fläche zwischen Unterlüß und Lutterloh im Norden sowie Starkshorn und die Escheder Mariensiedlung mit Stüttloh im Zentrum als geplante Fläche aus. Der 33 Quadratkilometer große, als Endlager vorgesehene Salzstock Weesen-Lutterloh zieht sich von hier in Richtung

Hermannsburg und Weesen. Ein Eisenbahnanschluss sollte von Unterlüß her erfolgen.

Der SPD-Ratsherr Albrecht Schack brachte das Thema bereits drei Tage nach Bekanntwerden auf die Tagesordnung einer Sitzung des Hermannsburger Gemeinderates. Die Beunruhigung in der Bevölkerung zeigte sich darin, dass 150 Besucherinnen und Besucher zu dieser Ratssitzung erschienen. Im anschließenden Bericht der CZ heißt es u.a.: "Die Mehrheit der Ratsherren, soweit sie sich zu Wort meldeten, war gegen die Herstellung einer solchen Anlage im Gemeindebereich. Am liebsten wolle man die ganze Lüneburger Heide von solch einer Deponie verschont wissen. ... Thema der Fragestunde der Einwohner war ausschließlich die Atommüllbeseitigung. Die Meinung ging von Befürchtungen für Leben und Gesundheit über Bürgerinitiativen bis zum handfesten Protestmarsch. ..." (CZ, 05.03.1976)

Erst am 30. März wurden Rat und Verwaltung der Gemeinde Hermannsburg sowie die Landkreisverwaltung offiziell von Ministeriumsvertretern und Betreibergesellschaft über das Projekt unterrichtet. Die vom Gemeinderat formulierte Erwartung einer umfassenden Information der Bevölkerung wurde allerdings enttäuscht. In einer politischen Konstellation, in der zum einen die SPD/FDP-Bundesregierung das Atomenergieprogramm massiv forcierte und auf der anderen Seite die CDU/FDP-Landesregierung das Projekt WAA und Endlager in Niedersachsen betrieb, fanden sich im seinerzeitigen Spektrum der Parlamentsparteien zudem keine Anknüpfungspunkte (die Grünen gründeten sich erst 1980). Die Proteste gegen das geplante Atomkraftwerk Whyl (bei Freiburg) und das AKW Brokdorf (bei Hamburg) hatten in den Jahren 1974/75 allerdings einen Weg gegen die parteiübergreifende Atomenergiebefürwortung gezeigt: Dort waren Bürgerinitiativen gegründet worden, die mit Unterschriftensammlungen, Klagen, Demonstrationen und dem spektakulären Mittel der Bauplatzbesetzung ihre Einwände vorbrachten.

Am 20. Mai bildete sich in Hermannsburg die Bürgerinitiative Südheide für den Schutz vor Kernenergiegefahren. Schon auf der ersten Sitzung am 28. Mai sprachen sich 36 von 38 TeilnehmerInnen dafür aus, nicht allein gegen die WAA, sondern gegen "die Nutzung der Kernenergie im allgemeinen" agieren zu wollen. Man einigte sich auf eine Vereinsgründung, ein vorläufiger Vorstand wurde benannt, Arbeitsgruppen wurden gebildet und eine Informationsveranstaltung mit dem bekannten Atomenergiekritiker Karl Bechert vorbereitet. Im Anschluss an diese Veranstaltung, die am 10. Juni stattfand, unterschrieben rund 300 Teilnehmerinnen und Teilnehmer einen Aufruf gegen die geplanten Atomanlagen.

Sich selbst kundig zu machen und die Bevölkerung zu informieren - darum ging es der Bürgerinitiative in einem ersten Schritt. Die politisch Verantwortlichen unter Druck zu setzen, war der zweite Schritt. Da im September Kommunalwahlen anstanden, wurden z.B. alle Ratsmitglieder in Hermannsburg gebeten, sich konkret zu äußern - 19 von 23



Anti AKW-Flugblatt 1979

Ratsmitgliedern sprachen sich gegen die Anlage aus, drei enthielten sich, nur ein Ratsherr war dafür. Die Bundes- und Landtagsabgeordneten wurden angeschrieben; in der SPD wurde eine Diskussion entfacht.

Die verantwortlichen Ministerien, Politiker und Betreiber begegneten der Verunsicherung der Bevölkerung zum einen damit, auf Zeit zu spielen: Ob der Entsorgungspark (so die euphemistische Sprachregelung aus dem Forschungsministerium) an einem dieser möglichen Standorte gebaut werde, hänge vom Ausgang der Analysen ab. Zum anderen setzte man darauf, einen Stimmungsumschwung in der Bevölkerung herbeiführen bzw. eine Pro-Fraktion aufbauen zu können: 3,8 Milliarden Mark würden investiert werden; 3600 Arbeitsplätze würden durch den Betrieb von WAA und Endlager entstehen, wovon drei Viertel durch Kräfte aus der örtlichen Bevölkerung besetzt würden; das in der Region verbleibende Steueraufkommen würde sich auf jährlich 97 Millionen Mark belaufen. (CZ, 29.03.1976) Und selbstverständlich versicherten Experten, dass die Strahlenbelastung nicht höher sei als die der bestehenden deutschen Kernkraftwerke. Deshalb sei auch eine Sicherheitszone außerhalb der Umzäunung nicht erforderlich, was Celles Oberkreisdirektor Axel Bruns zu der Aussage veranlasste: "Da können dann die Kühe genau so auf die Weide gehen und gemolken werden wie jetzt auch!" (CZ, 31.03.1976)

Der Staatssekretär im Forschungsministerium, Volker Hauff (SPD), versicherte dem Celler Bundestagsabgeordneten Olaf Sund (SPD): "Die Sicherheit von Mensch und Umwelt ist voll gewährleistet!" (CZ, 21.04.1976) Sund veranstaltete im April einen Informationsabend in Unterlüß; über 300 Bürger diskutierten mehr als drei Stunden lang mit den vom Bundestagsabgeordneten eingeladenen Experten aus dem Ministerium und der Wirtschaft (Manfred Hagen vom

Forschungsministerium, Klaus Hannecke von der KEWA und Rechtsanwalt Jürgen Sagemühl von den RWE). Bei all den Sicherheitsbetuerungen wunderte es die Veranstaltungsbesucher dann aber doch, dass der Schornstein bis zu 400 Meter hoch sein müsse. (CZ, 24.04.1976)

Der Kreistag unternahm im Mai eine zweitägigen Besichtigungsfahrt zur Versuchs-WAA nach Karlsruhe und dem AKW Biblis. Den Artikel in der Celleschen Zeitung schrieb nicht der sonst meist mit der Frage befasste Klaus von der Brelie (vdB), sondern der als ausgemachter Reaktionär bekannte Walter Klotz. So konnte man bei seinem Bericht den Eindruck gewinnen, rund um Atomanlagen seien reinste Inseln der Glückseligkeit entstanden. (CZ, 15.05.1976) - Im August besuchte der Kreistag, der das Thema übrigens nie in einer öffentlichen Sitzung behandelte, noch das Atommüllendlager Asse II bei Wolfenbüttel. (CZ, 17.08.1976)

Der Oberkreisdirektor musste in seiner Funktion als Katastrophenschutzleiter die Fahrt nach Karlsruhe und Biblis noch am ersten Tag abbrechen und nach Celle zurückkehren. Ein Waldbrand war ausgebrochen. Bei Lutterloh sind 900 Hektar Wald verbrannt, titelte die CZ. Ein Schelm, wer Böses dabei denkt? Es ist wirklich absolut verblüffend, dass die schließlich abgebrannte Fläche fast deckungsgleich war mit dem für die WAA vorgesehenen Gelände. Gerüchte über mögliche Brandstiftung waren im Umlauf. (CZ, 11., 12., 19.05.1976) Auch die später für die WAA in Gorleben-Gartow vorgesehenen Flächen sind Waldbränden zum Opfer gefallen, bevor die Aufkäufer der Betreibergesellschaft bei den Besitzern anklopfen.

Neben der Bürgerinitiative in Hermannsburg waren im Frühjahr auch Initiativen in Eschede und Unterlüß entstanden, während die Gründung einer BI in Celle noch bis in den Herbst auf sich warten ließ. Die Initiativen arbeiteten zunächst vor allem mit Flugblättern und nutzten die Leserbriefspalten der Celleschen Zeitung. Um die Ablehnung des Projekts durch die Bevölkerung deutlich zu machen, führte die Bürgerinitiative am 8. August eine Protestkundgebung mit 300 TeilnehmerInnen am Standort der geplanten zweiten Probebohrung durch. Eine Bäuerin stellte daraufhin eine Wiese als Zeltplatz zur Verfügung, von dem aus die Aktivitäten der Betreiber beobachtet werden konnten; als Info-Zentrum konnte kurz darauf eine Jagd-Hütte von Günter Mast, Inhaber der Wolfenbütteler Jägermeister-AG, genutzt werden.

Am 31. Juli und am 14. August hatten die Gemeinden Unterlüß und Hermannsburg zu Podiumsdiskussionen eingeladen, bei denen neben Befürwortern mit Holger Strohm (nur in Unterlüß) sowie Dieter von Ehrenstein und Walter Soyka von der Universität Bremen auch ausgewiesene Atomenergiekritiker beteiligt waren. Jeweils über sieben Stunden lang wurde gestritten, in Hermannsburg unter Beteiligung von rund 450 BürgerInnen. (CZ, 05.08. und 16.08.1976)

Die politisch verantwortliche Landesregierung sah sich wegen der Proteste zur Aussetzung der Probebohrungen ver-

anlasst, die am 17. Juni bei Lutterloh begonnen hatten. Am 18. August teilte der niedersächsische Wirtschaftsminister Leisler Kiep in Hermannsburg mit, "daß er die Probebohrungen zur Erkundung der Salzstöcke, die für den Bau einer Atommülldeponie in Frage kommen, habe stoppen lassen. Als Begründung sagte der Minister, die Bevölkerung in der Umgebung der drei möglichen Standorte ... sei nicht ausreichend informiert gewesen, als man mit den Bohrungen begonnen habe." (CZ, 19.08.1976)

Die Bürgerinitiative ging davon aus, dass die Probebohrungen nach der am 3. Oktober angesetzten Bundestagswahl fortgesetzt werden würden. Zu einer Veranstaltung mit dem Atomenergiekritiker Bodo Manstein zum Thema Radioaktivität und Gesundheit kamen am 10. September in Hermannsburg über 500 Zuhörer. Als Höhepunkt der Herbstkampagne fand am 18. September 1976 eine Demonstration mit Abschlusskundgebung am geplanten Standort statt.

Der anschließende Bericht in der CZ unter der Überschrift Protest gegen Atommülldeponie wird deutlicher - Über 3000 "gingen in die Pilze" nach Lutterloh gibt einen Eindruck von der Veranstaltung:

"Wir sind in Niedersachsen" und "Auf der Lüneburger Heide ..." spielte die Bavener Blaskapelle am Sonnabendnachmittag auf einer großen, grünen Wiese südöstlich von Lutterloh zur Unterhaltung der 3000 Bürger, die der Einladung der Bürgerinitiativen aus Hermannsburg und Suderburg gefolgt waren und sich unter dem Motto: "Wir gehen in die Pilze!" in der Nähe der zweiten Bohrung zur Erkundung des als Atommülldeponie eventuell in Frage kommenden Salzstock über die Probleme der Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen und der Lagerung radioaktiven Abfalls informierten.

Kreisjägermeister von Bothmer, der Vorsitzende der Bürgerinitiative in Hermannsburg, eröffnete die Kundgebung mit dem Hinweis, daß man "parteipolitisch und konfessionell ungebunden" den Bau der geplanten Wiederaufarbeitungsanlage und ihre Inbetriebnahme "zum Schutze der Bevölkerung" verhindern wolle. Dieses Ziel wolle man "auf legalem Wege erreichen". Es ginge den Bürgerinitiativen, die inzwischen fast überall im Landkreis Uelzen, in Unterlüß, Eschede und Celle entstanden sind, nicht nur darum den Bau der geplanten Anlage "in unserer engeren Heimat" zu verhindern, "sondern grundsätzlich, wo immer es auch sein mag". Von Bothmer begründete seine Ablehnung "mit der durch vielerlei Informationen gewonnenen Erkenntnis, daß solche Anlagen ein unbekanntes und unglaubliches Risiko für uns und besonders für die nachkommenden Generationen" sind. ...

In lockerer Folge wechselten sich anschließend Musikedbietungen und Kurzvorträge ab. Die Redner machten ihren Standpunkt deutlich und meinten, die Bevölkerung müsse sich noch mehr wehren, weil die Anlage schon im Normalbetrieb 1000mal so viel radioaktive Substanzen an die Umwelt abgebe wie ein großes Kraftwerk. Weil bei der Wiederaufarbeitung hochgiftiges Plutonium entstehe, das auf der Welt als natürlicher Stoff nicht existiert und von dem ein

pampelmusengroßes Stück genüge, um die gesamte Menschheit umzubringen, und weil die Lagerung der 2400 Jahre strahlenden Abfälle in einem Salzstock nicht sicher sei.

...

Aus Whyl war eine kleine Gruppe angereist, die vom dortigen Protest gegen den Bau eines Kernkraftwerkes berichtete, und aus Lichtenhorst, wo möglicherweise auch eine Atommülldeponie und Wiederaufarbeitungsanlage gebaut werden soll, war ein Gesangsverein gekommen, der wiederholt seine "Lichtenmoorit" vortragen mußte. Darin heißt es im Refrain: "Mori, morei, Moruschkaka, dat Ding kummt hier nich her; mori, morei, moruschkaka dor sett wi uns tau Wehr!" (CZ, 20.09.1976)

Die Probebohrungen wurden auch nach der Bundestagswahl nicht wieder aufgenommen. Doch der Protest blieb. Die Bürgerinitiative Hermannsburg hatte sich am 16. August als e.V. konstituiert; Mitte September hatte man 215 Mitglieder, Ende des Jahres war die Zahl auf 325 angestiegen. (CZ, 30.12.1976) Die Arbeitsweise blieb trotz der formalen Vereinsgründung basisdemokratisch, d.h.: Was gemacht wurde und wie, entschied nicht ein Vorstand, sondern wurde auf den wöchentlichen Treffen besprochen und von AG's in Angriff genommen.

Eine gemeinsam von den Bürgerinitiativen Südheide, Ostheide und Uelzen durchgeführte Unterschriftensammlung gegen die WAA und das Endlager wurde von 30.000 BürgerInnen unterstützt und am 10. Dezember dem Ministerpräsidenten Ernst Albrecht zugestellt. (CZ, 13.12.1976)

Im Dezember startete die BI auch eine Bürgerbefragung in Hermannsburg: Die Unterschriftenlisten hatten folgenden Wortlaut: "Als Bürger der Gemeinde Hermannsburg bin ich gegen die Errichtung einer Wiederaufbereitungsanlage und Atommülldeponie". Von 5741 erwachsenen Einwohnern wurden bei der Hausbefragung 2407 angetroffen. Davon unterschrieben 88 %.

Auf Initiative der BI Südheide hin war zwischenzeitlich eine der ersten Anti-AKW-Zeitschriften mit dem Titel Atommüll entstanden. Mit vielen Flugblättern wurde die Bevölkerung über die Gefahren des Projekts informiert. Heute kann es fast überraschen, wie es den Aktivisten gelingen konnte, in kurzer Zeit ein hochkomplexes Thema inhaltlich fundiert aufzubereiten und die Beschwichtigungs- und Fortschrittsformeln von Politik und Betreibern als Propaganda zu enttarnen.

In den Initiativen kamen tatsächlich BürgerInnen aus unterschiedlichen Milieus zusammen; wertkonservative Naturschützer und Landwirte arbeiteten zusammen mit sozialdemokratisch orientierten Bildungsbürgern und rebellischen Jugendlichen. Während sich Teile der evangelische Kirche intensiv mit dem Problem befassten, fällt die Zurückhaltung der gewerkschaftlich orientierten Arbeiterbewegung auf. Die lokalen CDU-Gremien verzichteten weitgehend auf eine öffentliche Positionierung, fast eine Ausnahme stellt eine Veranstaltung des CDU-Ortsverbandes



Garßen im Dezember dar, bei der vor rund 75 TeilnehmerInnen Vertreter der Hamburger Elektrizitätswerke (HEW) ihren Lobbyismus betrieben. (CZ, 21.12.1976) Mehr Probleme mit dem Phänom der Bürgerinitiativen hatte die lokale SPD. Die Pro-Atom-Linie der Schmidt-Partei konnte kaum kaschiert werden; lokale Repräsentanten wie Olaf Sund oder der Landtagsabgeordnete Fritz Riege betonten die Dialogbereitschaft der Partei und würdigten die Arbeit der Bürgerinitiativen grundsätzlich als demokratiebelebendes Moment. (CZ, 04.01.1977)

Am 11. November 1976 hatte Ernst Albrecht eine Standortentscheidung in den nächsten Wochen angekündigt. Nach der Septemberdemonstration war in Lutterloh eine Info-Hütte entstanden, von der aus das Geschehen im Forst beobachtet wurde. Trotz der Erfahrungen mit einem äußerst brutalen Polizeieinsatz bei der versuchten Bauplatzbesetzung in Brokdorf am 30. Oktober, wozu sieben BI-Mitglieder ein Augenzeugenprotokoll vorlegten, war eine Option, "die Einrichtung der Baustelle bzw. den Bau durch die Besetzung des Bauplatzes zu verhindern", wie zwei Aktivisten auf der Mitgliederversammlung am 13. Dezember forderten. Ob es dazu gekommen wäre und ob alle Teile der Bürgerinitiative eine solche Aktion mitgetragen hätten? Der BI blieb eine solche Zerreißprobe erspart.

Am 22. Februar 1977 benannte der niedersächsische Ministerpräsident Ernst Albrecht (CDU) völlig überraschend Gorleben als Standort für das so genannte Nukleare Entsorgungszentrum. Die Hermannsburger BI organisierte am Abend der Entscheidung eine Solidaritätskundgebung im Ort, an der 500 Menschen teilnahmen. Es war allen klar, dass - wie ein Redner sagte - durch die Wahl Gorlebens die Gefahr und Bedrohung in keiner Weise geringer geworden sei. Und der eingangs schon erwähnte Albrecht Schack brachte in seiner Ansprache einen Teil des Lernprozesses so zum Ausdruck: "Wir fragen, welche Art und wieviel Wachstum wir uns noch leisten können. Wir wollen wissen, wie die Folgen der Technik tatsächlich beherrscht werden können, was das kostet, wer das bezahlt und wie die Gesellschaft aussieht, die mit diesen Folgen zu leben hat. Wir sind sicher, dass viel mehr Menschen auf unserer Seite stünden, wenn sie über die wahren Risiken genügend aufgeklärt wären." Die BI Südheide unterstützte den Aufbau der BI Lüchow-Dannenberg und beteiligte sich auch organisatorisch an der ersten größeren Demonstration in Gorleben am 12. März 1977.

(RR)

Genmais in Adelheidsdorf

In Adelheidsdorf soll auf zwei Flächen in diesem Frühjahr genveränderter Mais angebaut werden. Die 400 und 600 qm großen Flächen sind im Standortregister aufgeführt (www.standortregister.de). Veranlasst wird der Anbau durch das Bundessortenamt in Hannover und die Landwirtschaftskammer Niedersachsen für die Ausführung. Von dort heißt es, es gehe um eine Wertprüfung von Sorten, nicht um eine kommerzielle Nutzung. Der Genmais selbst ist ein Produkt der Firma Monsanto, wobei die genetische Veränderung die Pflanze resistent gegen die Raupen des Maiszünslers machen soll. Aber damit, so Greenpeace, werde nicht nur der "Schädling" getötet, sondern das gesamte ökologische Gleichgewicht gestört. Bienen, gefährdete Schmetterlingsarten wie Tagpfauenauge oder Schwalbenschwanz, Spinnen, Schlupfwespen und Florfliegen, aber auch Bodenorganismen wie Regenwürmer, Trauermücken oder Nematoden (Fadenwürmer) seien gefährdet. - Und Greenpeace hat bereits mehrfach Gen-Mais im Futtertrog von Milchkühen nachgewiesen; die Milch wurde an "Campina/Landliebe" geliefert.



OVG-Urteil zugunsten der Ostumgehung

Anwohner und ein Naturschutzverein sind Ende 2006 mit ihrem Eilantrag gegen den ersten Bauabschnitt der neuen Ortsumgehung Celle vor dem Niedersächsischen Oberverwaltungsgericht gescheitert. Der angefochtene Planfeststellungsbeschluss sei voraussichtlich nicht zu beanstanden, begrün-

deten die Richter in Lüneburg ihr Urteil. Die Richter schlossen allerdings nicht aus, dass die Gesamtplanung für die Verlegung der Umgehung B 3 noch zu einem späteren Zeitpunkt aus naturschutzrechtlichen Gründen scheitern könnte. Dies sei eine Folge der abschnittswisen Planung. Im dritten Bauabschnitt könnte die Umgehung durch das nach der europäischen Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie geschützte Gebiet "Aller, untere Leine, untere Oker" geführt werden.

So "endgültig" wie die Cellesche Zeitung und die Beton-Fraktionen in Verwaltung und Rat die Entscheidung sehen, ist sie zwar nicht. Aber auf der juristischen Ebene wird es sicher nicht einfacher.

Als gravierende Fehleinschätzung hat sich im übrigen erwiesen, dass die Kläger meinten, mit der so genannten Westumgehung den Richtern eine "Alternative" anbieten zu müssen. Weil der Verkehr durch Wohngebiete geführt werden müsste, wäre dabei die Belastung der Anwohner durch Lärm und Luftschadstoffe "unverhältnismäßig hoch und zudem etwaige Schutzvorkehrungen "städtebaulich unzutraglich", entschieden die Richter. Die Orientierung auf eine "Alternative" - insbesondere aus dem bündnisgrünen Spektrum - hatte am Ende ein Bündnis mit jenen Ostumgehungsgegnern unmöglich gemacht, die derartige Straßenbauprojekte insgesamt ablehnen.

Eiertanz um Altenheim

Einen regelrechten Eiertanz führte die Verwaltungsspitze darum auf, ob man nun der Öffentlichkeit den Namen jenes Altenheims preisgeben könne, in dem u.a. Supermarkt-Abfälle an die HeimbewohnerInnen ausgegeben worden waren. Am Ende wurde dann deutlich, dass die Küche nur ein Nebenschauplatz für die Kündigung des Versorgungsvertrages durch die Pflegekassen war. Die beklagten "Mängel in der Dokumentation" würden in der Regel die Medikamentenversorgung, die Flüssigkeitsbilanz oder

auch offene Wunden durch falsche Lagerung betreffen, sagte ein Sprecher der Pflegekassen gegenüber der CZ. Dieser gelang es dann auch, einem Sprecher des Sozialgerichts zu entlocken, dass ein "Alten- und Pflegeheim am Bahnhof" gegen die Kündigung des Versorgungsvertrages geklagt habe. Ein Blick ins Telefonbuch genügte damit, um zu wissen, um welche Einrichtung es sich handelt.

Die Bündnisgrünen im Stadtrat fordern als eine Konsequenz aus dem Skandal die Einrichtung einer Ombudsstelle, an die sich Senioren in Altenheimen, deren Angehörige oder Heimmitarbeiter wenden könnten, um - auch anonym - auf Mängel aufmerksam machen zu können.

Tierinstitut bald dicht?

Das Institut für Tierschutz und Tierhaltung in der Celler Dörnbergstraße soll verlagert werden. So jedenfalls will es das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV) Das Celler Institut soll mit dem Institut für Tierzucht in Mariensee zu einem Institut für Tierhaltung, Tierschutz und tiergenetische Ressourcen zusammengelegt werden. Der Standort Celle soll aufgegeben werden. Zur Zeit sind in Celle etwa 70 MitarbeiterInnen beschäftigt. Die Politiker in Berlin und Hannover waren "gefragt". Vollmundig verkündete Peter Struck, Wahlkreisabgeordneter und Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion Ende letzten Jahres noch gegenüber den MitarbeiterInnen: "Sie können in Ruhe Weihnachten feiern." Er habe dem zuständigen Minister Seehofer deutlich gemacht, "dass ich die geplante Umstrukturierung der Forschungslandschaft als SPD-Fraktionschef nicht mittragen werde, wenn der Celler Standort geschlossen werden soll." Genutzt hat's scheinbar wenig. Nun soll alternativ die Tierärztliche Hochschule Hannover (TiHo) in der Dörnbergstraße einen eigenen Forschungsschwerpunkt ein-

richten. Ein Institut mit den Schwerpunkten Tierschutz, Tierhygiene und Evaluierung von Haltungssystemen könne hier entstehen. Mehr als eine vage Absichtserklärung? In der Öffentlichkeit ist bisher jedenfalls nicht bekannt, ob hiermit etwas aus Hannover verlagert werden soll oder woher die TiHo die Mittel für ein - dann ja nicht gerade kleines Institut, bekommen soll. Völlig unklar ist, wieviele MitarbeiterInnen und zu welchen Konditionen übernommen werden könnten.

Selbstmordversuch in Flüchtlingsheim

Obwohl die Stadtverwaltung immer vertreten hatte, im Scheuener Flüchtlingswohnheim keine Familien mit Kindern unterbringen zu wollen, war genau dies zu Jahresanfang der Fall - mit den befürchteten Auswirkungen. Die Mutter der dort untergebrachten fünfköpfigen Flüchtlingsfamilie bekam schwere psychische Probleme und verübte letztlich einen Suizidversuch. Die dringlichen Bitten des Familienvaters nach einer anderen Unterbringung an Ausländer- und Sozialbehörde waren vorher immer wieder abschlägig beschieden worden. Erst als die Mutter nach ihrem Suizidversuch in eine psychiatrischen Klinik eingewiesen werden musste, bewegte sich die Verwaltung und bewilligte die dezentrale Unterbringung in einem "normalen" Wohnumfeld. - Dass damit die ganze Einrichtung in Frage gestellt werden muss, ist mehr als deutlich. Auch der gesundheitliche Zustand vieler der in Scheuen lebenden männlichen Asylbewerber ist bedenklich. Die Abgeschiedenheit des Hauses, der fehlende soziale Kontakt führt auch bei ihnen zu Krankheiten und Depressionen.

SPD im Rat gegen Ein-Euro-Jobs

Wo immer es eine gesellschaftliche Aufgabe gibt, mit der sich kein Geld

verdienen lässt, verfallen die politischen und administrativen Chefetagen darauf, hierfür doch bitte Langzeiterwerbslose über Ein-Euro-Jobs einzusetzen. Und wenn woanders einen "Begleitservice für Senioren in Bussen" gibt, dann können sich das alle sofort auch gleich für Celle vorstellen. Erfreulicherweise hörte man diesmal vom Chef der SPD-Ratsfraktion Jens Rejmann, dass eine solche Tätigkeit die Chancen auf einen regulären Arbeitsplatz kaum verbessere. Dass er als besseren Weg die Schaffung von 400-Euro-Jobs empfahl, zeigt zwar wenig Durchblick in die Lebenswirklichkeit von Erwerblosen - aber immerhin. Bernd Zobel wollte solche Tätigkeiten lieber im "Ehrenamt" statt über EEJs erledigt sehen. Und Joachim Falkenhagen (FDP) offenbarte nach Gutsherrenart sein "Herz" für die Erwerblosen: "Wir sollten jede Chance nutzen, Menschen aus der Lethargie der Arbeitslosigkeit herauszuholen." Wie wäre es, mal die Betroffenen zu fragen?

Drei Hauptschulen vor dem Aus?

Drei Hauptschulen im Landkreis Celle müssen nach Auffassung des Kreis-Schulamtes in den nächsten Jahren geschlossen werden. Zur Debatte stehen dabei Schulen, die aufgrund sinkender SchülerInnenzahlen schon aktuell nur noch einzügig betrieben werden, also pro Jahrgang nur eine Klasse haben: Dies trifft zu für die Hauptschulen in Sülze und Unterlüß. Auch in Celle steht eine Hauptschule vor der Schließung. Gesichert scheint nur der Bestand der Blumläger Schule, der Neustädter Schule und der GHS Groß-Hehlen. Alternativen zu der Schließung scheinen weder von der Politik, noch von der Verwaltung diskutiert zu werden.

Bleiberechtsregelung in Celle

Auf eine Anfrage der Bündnisgrünen gab die Verwaltung bekannt, dass von

den 169 zur Zeit in Celle lebenden Flüchtlingen 69 Personen die engen Kriterien erfüllen, die die Bleiberechtsregelung der Innenministerkonferenz zieht. Hierfür müssen Alleinstehende mit dem Stichtag 30.09.2006 acht, Familien sechs Jahre in Deutschland sein. 12 Personen seien untergetaucht oder hätten ihre Abschiebung "vereitelt", so dass bei ihnen ein "Versagungsgrund" vorläge. Weitere acht würden wegen begangener Straftaten nicht unter die Regelung fallen. Die restlichen 78 Personen würden die zeitlichen Voraussetzungen nicht erfüllen. Gleichzeitig verwies die Verwaltung darauf, dass es für viele schwierig werden würde, einen Arbeitsplatz zu finden, der den Lebensunterhalt der Betroffenen und ihrer Familien sicherstellen könne. Denn das ist die tatsächlich kaum zu überwindende Hürde.

Wiesel und Boxer für den Hindukusch

Rheinmetall hat vom Bundesamt für Wehrtechnik und Beschaffung (BWB) in Koblenz den Auftrag für weitere dreizehn Bundeswehr-Panzer vom Typ Wiesel erhalten. Für die Ausbildung der Instandsetzungseinheiten wurden darüber hinaus zwei Wiesel-2-Ausbildungsfahrzeuge und zwei Ausbildungsmodelle mit den dazugehörigen logistischen Anteilen in Auftrag gegeben. Der Gesamtwert beider Aufträge beträgt rund 9 Mio. Euro. - Auch die Entscheidung des Bundestags zur Beschaffung von 272 hochgeschützten Fahrzeugen vom Typ Boxer lässt bei Rheinmetall die Kassen klingeln. Es handelt sich - wie es in den Pressemitteilungen heißt - um ein "optimal geschütztes, hochmobiles, und auch unter extremen Umweltbedingungen zuverlässig einsetzbares Transportfahrzeug mit hoher Nutzlastkapazität. Sein umfassender, auf modernsten Technologien basierender Schutz vor Minen und ballistischen Bedrohungen garantiert höchste Überlebensfähigkeit der Besatzung. Hohe Beweglichkeit, Stealth-Design, moderne

Beobachtungseinrichtungen, eine leistungsfähige Selbstverteidigungsbewaffnung, die Nebelmittelwurfanlage sowie eine standardmäßige ABC- und Klimaanlage sind weitere Schlüsselemente zur Überlebensfähigkeit in kritischen Situationen. ... Schnelle Verfügbarkeit bei out-of-area-Einsätzen wird durch die Lufttransportfähigkeit im Airbus A 400 M garantiert." Der Wiesel wird in Unterlüß gebaut, beim Boxer liegt der Produktionsschwerpunkt in Kassel, einzelne Komponenten könnten aber auch in Unterlüß gefertigt werden. Die Verteidigung am Hindukusch bringt's - zumindest für die Rüstungskonzerne.

Celler Heimstiftung

Die Celler Heimstiftung, die die Altenheime Hehlentor und St. Annen betreibt, steckt in einer tiefen finanziellen Krise. Im Dezember konnte eine Insolvenz scheinbar nur durch einen finanziellen Zuschuss seitens der Stadt in Höhe von rund 50000 Euro für Zins- und Tilgungszahlungen abgewendet werden. Der schon lange im Raum stehende Verkauf wurde damit wieder aktuell. Kurzfristig schien Lobetal bereit, aber die Übernahmeverhandlungen scheiterten. Auch die Adelheidorfer "Unternehmensgruppe Führer", die mit 29 Einrichtungen zu den Großen im Heimpflegesektor gehört, winkte auf Anfrage der CZ ab. Die Vorwürfe des Betriebsrates gehen in Richtung Stadt. Diese habe sich mit der Überführung der Heime in eine Stiftung saniert, aber auf Kosten der Bewohner und der MitarbeiterInnen.

Im übrigen: Seit dem Einzug von Susanne Führer in den Kreistag warteten wir auf Schlagzeilen wie jene, die uns Gunter Jehle jetzt im Zusammenhang mit der Heimstiftung präsentierte: "Heimstiftung: Führer hat kein Interesse".

Weg mit der Hundesteuer!

Die "einzig wirkliche Steuersenkungspartei", nämlich die FDP, will die Hundesteuer senken und mittelfristig vollständig abschaffen. FDP-Chef Falkenhagen scheint halt seinen Marx gelesen zu haben. "Arme Hunde! Man will euch wie Menschen behandeln!", zitiert Marx in der Einleitung "Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie" den Ausruf eines Franzosen angesichts einer projektierten Hundsteuer. Der Trierer meinte damit aber die Verhältnisse zu kritisieren, "in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist". Davon nun ist der Celler weit entfernt. Ihm geht's um die Geldbeutel der Besitzer der 3274 Hunde, die für des "Menschen besten Freund" rund eine Viertel Million Euro in die Stadtkasse zahlen.



OHE an Bachstein

Die deutsch-britische Arriva-Bachstein GmbH wird die Anteile von Bund und Land an der OHE übernehmen. Die OHE mit Sitz in Celle und insgesamt rund 1200 Mitarbeitern ist vor allem im Güterverkehr aktiv. Aber auch die Privatbahn Metronom und verschiedene Busgesellschaften gehören zu dem Konzern. Der Kaufpreis für die 82,9 %-Anteile liegt mit etwa 30 Millionen Euro deutlich unter den Erwartungen des Landes, das mit 40 bis 50 Millionen gerechnet hatte. Letztlich war einzig die Arriva-Bachstein-Gruppe als Bieter übriggeblieben. Bei der britischen Arriva handelt sich um das zweitgrößte private Nahverkehrsunternehmen in Europa mit konzernweit mehr als 34.000 Mitarbeiter und einen Umsatz von rund 2,3 Milliarden Euro (2005). Die deutsche Tochter, Arriva Deutschland GmbH, setzt mit circa 1500 Mitarbeitern 350 Busse sowie 160 Züge ein. Die Verkehrsbetriebe Bachstein GmbH ist ein mittelständisches, vornehmlich im öffentlichen Personennahverkehr tätiges Verkehrsunternehmen mit Sitz in Celle.

Gemeinsam mit der Kraftverkehr Celle Stadt & Land GmbH, Celle, und einem weiteren privaten Partner betreibt das Unternehmen unter anderem die CeBus GmbH & Co. KG, Celle. In 2005 erwirtschaftete das Unternehmen mit 88 Mitarbeitern einen Umsatz von rund 5,6 Millionen Euro. - Die SPD-Landtagsfraktion kritisierte den Verkauf der OHE als "übereilt". Zudem halten Sozialdemokraten und Grüne den Preis für zu niedrig. Die Osthannoversche Eisenbahnen AG reagierte mit Freude auf den Abschluss des Bieterverfahrens. Das Unternehmen erwarte, dass der Standort Celle durch die Übernahme zumindest für die kommenden zehn Jahre gesichert sei, hieß es in einer Mitteilung. Der Betriebsrat sprach dagegen von einer "absolut nicht schönen Weihnachtsüberraschung".

China Town

Die Stadt Celle leistet sich bekanntlich eine gut-dotierte China-Beauftragte. Als erster Erfolg wurde jetzt verkündet, dass sie die deutschen Vertriebsbüros dreier chinesischer Firmen nach Celle gelockt habe. Für die Chinesen wurden dann noch flugs sieben Räume im Gebäude des ehemaligen Arbeitsamts in der Welfenallee für 21000 Euro hergerichtet. Damit steht es im Vergleich zum wirklichen "China-Zentrum", nämlich Hamburg, nur noch 3:400. Von der Stadt wird dies als "Ausweitung unserer Osteuropa-Kompetenz" abgefeiert. - Vernünftigerweise will die Stadt aber bis auf weiteres keine Partnerschaft mit einer chinesischen Stadt eingehen; so zumindest ein Beschluss des städtischen Wirtschaftsausschusses.

Nix mit Zentro?

Die Zurückweisung eines ECE-Einkaufszentrums in der Altstadt war seitens einer Mehrheit des Stadtrates mit der Hoffnung verbunden, die Angebotslücken hinsichtlich "junger Mode", "Unterhaltungselektronik" und "Lebensmittelmarkt" mit dem so

genannten "Zentro"-Projekte füllen zu können. Vieles hängt dabei an Karstadt, das zwischen Bergstraße und Südwall über die erforderlichen Flächen verfügt. Doch Karstadt spielt nicht mit bzw. sein eigenes Spiel. Eine "mangelhafte" Bauvoranfrage musste die Stadtverwaltung ablehnen. Warum sollte sich Karstadt mit einem H&M bzw. einem Mediamarkt auch Konkurrenz vor die eigene Haustür holen? Wenig tut sich auch in Sachen "Modemeile in der Westceller Torstraße" - dem Rathaus liegt weder eine Bauvoranfrage vor, noch gäbe es Kenntnisse über konkrete Absichten. So ist das mit dem Kapitalismus: Konkurrenz abzuwehren ist Bestandteil des Geschäfts. Und der Gutachterei, die weissagt, man müsse nicht die Konkurrenz aus der Altstadt fernhalten, sondern mit anderen "Standorten" wie Braunschweig und Hannover in Konkurrenz treten, um Kunden-"Ströme" von dort nach Celle zu leiten, schenkt man in der so genannten Kaufmannschaft scheinbar wenig Glauben.

Niedrige Gymnasialquote

Mit 39,5 % ist der Anteil der SchülerInnen, die im Landkreis Celle in der 5. Klasse ein Gymnasium besuchen, deutlich niedriger als im ehemaligen Regierungsbezirk Lüneburg (43,7 %) oder Städten wie Osnabrück (54,8 %) oder Braunschweig (53,6 %). Dies hängt auch zusammen mit den ausgesprochenen Schullaufbahnpfehlungen: Landkreis Celle 33,8 % gegenüber Osnabrück (49,3 %) und Braunschweig (51,9 %). Wie kommt's? Sind Celles SchülerInnen dümmer? Wohl kaum. Es hat schlicht und einfach den Anschein, dass die lokalen Eliten ihr gymnasiales Heiligtum schützen. So machte sich von den von



der CZ befragten Experten keiner Gedanken darum, wie die Celler Quote anzuheben sei. Im Gegenteil: Lachendorfs Schulleiter Bühmann (CDU) beklagte sich darüber, dass er in diesem Schuljahr 40 SchülerInnen mit Realschulempfehlung aufnehmen musste. Und der CDU-Schulexperte und ehemalige HBG-Schulleiter Reichel fragte angesichts der ihm viel zu hoch scheinenden Celler Gymnasialquote, wie viele Kinder "wir" damit unglücklich machen würden. Kinder möglichst lange "unsortiert" (O-Ton) gemeinsam zur Schule gehen zu lassen, hat seiner Auffassung nach eine Niveauabsenkung zur Folge. - Nicht umsonst beißen sie sich an ihrem dreigliedrigen Schulsystem fest. Und wenn dessen Sortierfunktion im Sinne des eigenen Milieus nicht mehr funktioniert, weil - wie in Braunschweig oder Osnabrück die Hälfte der SchülerInnen - die Chance des Gymnasiums nutzen will, sehen sie darin ein Problem.

Nazi-Attacke ohne Konsequenzen

Es war nicht das erste Mal, dass eine Körperverletzung durch Neonazis zwar vors Celler Amtsgericht kommt, aber nicht geahndet wird. Nach fast zwei Jahren waren im Januar vier Celler Neonazis angeklagt, am so genannten Vatertag 2005 in Westercelle drei Kurden beschimpft und verprügelt zu haben. Die Opfer erlitten dabei Verletzungen, die im Krankenhaus behandelt werden mussten. Doch der Jugendrichter stellte das Verfahren ein. Es sei nicht mehr eindeutig nachzuvollziehen, wer die "Rauferei" begonnen hätte. Die Opfer hatten ausgesagt, mit ausländerfeindlichen Sprüchen beleidigt worden und mit einer Bierflasche beworfen worden zu sein. Die Angeklagten räumten sogar ein, sich mit den Kurden geprügelt und mit Bierflaschen geworfen zu haben - aber: Die Kurden hätten angefangen und sie sich nur verteidigt. - Für die betroffenen Kurden wie auch für einen "alternativen" Jugendlichen, dessen Anzeige gegen einen bekennenden Neonazi nur

zu einer Einstellung führte, bleibt als Konsequenz: Auf Justiz und Staatsgewalt kann man sich nicht verlassen, wenn man von Neonazis angegriffen wird. Und da wundern sich die Damen und Herren an den diversen Präventionstischen tatsächlich, warum sich so viele nicht mehr allein auf ein Handy oder schnellere Beine verlassen wollen?

Bayrische Botschaft jetzt Triple X

Die Gaststätte "Bayrische Botschaft" in der Bergstraße, die im vergangenen Jahr zum Treffpunkt von Rechtsextremisten geworden war, gibt es nicht mehr. Nachdem die Immobilie den Besitzer gewechselt hatte und der Pachtvertrag mit dem Wirt Rüdiger Räge gekündigt worden war, wird die Gastronomie jetzt als "Triple X"-Bar und - wie der neue Wirt sagt - internationalem Publikum betrieben. Räge allerdings ist weiterhin Pächter des Vereinsheims der Neustadt-Altenhäuser Schützengesellschaft, das er im vergangenen Sommer für ein Rechtsrockkonzert zur Verfügung stellte, das dann von der Polizei verhindert worden war. Der Schützenverein sieht aktuell keine Probleme mehr mit ihrem Vereinswirt. Er habe eingesehen, dass "solche Dinge" nicht gehen. Prävention á la Celle?

Nazis Schuld an Punktabzug

Nachdem der Handballverein HBV 91 Celle am 9.12. die Spiele der männlichen A-Jugend sowie der Damen wegen der durch den Nazi-Aufmarsch entstandenen Behinderungen absagten, wurden die Partien jetzt für die Gegner gewertet. Die Spiele sollten in der Sporthalle am Lönsweg stattfinden; diese aber war wegen der großräumigen Polizeisperrung im Stadtteil nur mit Umwegen zu erreichen. Der Vereinsvorsitzende verwies in seiner Stellungnahme auch auf die Befürchtung, die Handballer, in deren

Reihen auch Punks spielen würden, zwischen Polizei, Nazis und linke Gegendemonstranten geraten. Der HBV hat gegen die Entscheidung Widerspruch eingelegt. - Auch an diesem Beispiel zeigt sich zum einen, welche verquere Paranoia die polizeilichen Bedrohungsszenarien in die Welt setzen, und zum anderen welche Auswirkungen der völlig unangemessene polizeiliche Großeinsatz zeitigte.

Gedenktafeln zu 8. April 1945

Die bündnisgrüne Ratsfraktion hat beantragt, zusätzlich zu dem Mahmal in den Triftanlagen mit zwei Gedenktafeln an die "Ereignisse" des 8. April zu erinnern. Die Tafeln sollen an der Neuenhäuser Straße in Höhe Güterbahnhof und an der Bahnhofunterführung (Bahnhofstraße/Neustadt) angebracht werden. Damit soll, so die Begründung der Bündnisgrünen die Orte des Geschehens in die Gedenkkultur einbezogen werden. - Sicherlich eine sinnvolle Initiative. Erstaunen kann aber die zurückhaltende Begrifflichkeit: Da ist von den "Ereignisse(n) am 8. April", von den "Opfern des Bombenangriffs" und "Tragödien" die Rede - das sich anschließende mörderische Massaker ist zwar gemeint, wird aber nicht benannt.

Haesler? Kein Forschungsauftrag

Der Kulturausschuss der Stadt beschäftigte sich Ende vergangenen Jahres noch kurz mit dem "Fall Haesler". Der berühmte Celler Bauhaus Architekt hatte sich im Zweiten Weltkrieg in nationalsozialistische Stadtplanungsprojekte im besetzten Polen und der Sowjetunion einspannen lassen. Wir hatten in der revista Nr. 29 (Dez./Jan. 2005/06) auf kritische Studie von Niels Gutschow hingewiesen, in der die im Osten tätigen Stadtplaner mit ihrem "Ordnungswahn" durchaus in die Reihe der "Vordenker der Vernichtung"

einordnet werden. Im Kulturausschuss erklärte Oberbürgermeister Biermann, dass es aus Sicht der Stadt "nicht den Hauch einer Involvierung Haeslers in NS-Unrecht gäbe" (so das Protokoll). Einen Ansatzpunkt für einen Forschungsauftrag sähe er nicht; man solle aber die Kontakte zur Stiftung Bauhaus Dessau nutzen, um gegebenenfalls noch zu einer Klärung zu kommen. Wir raten dazu, einfach mal den Aufsatz von Niels Gutschow zu lesen: "Stadtplanung im Warthegau 1939-1944"; in: Mechthild Rössler und Sabine Schleiermacher (Hgg.), Der >Generalplan Ost<. Hauptlinien der nationalsozialistischen Planungs- und Vernichtungspolitik. Berlin 1993, S. 232-270; oder sein Buch: "Vernichtung und Utopie. Stadtplanung Warschau 1939-45. Hamburg 1994".

Teures Gas

Über 20 % mehr als beim günstigsten bundesweiten Anbieter müssen Gaskunden bei der Celler SVO zahlen. Dies ergab ein Vergleich der Gaspreise durch das Bundeskartellamt mit Stand vom 15.11.2006. Bei einem freistehenden Einfamilienhaus etwa mit einem Jahresverbrauch von 35000 kWh zahlt man in Lippstadt 1594,50 Euro, in Celle 1968,58 Euro (= 23 % mehr). Der bereinigte der E.on AG - also der Mutter der Celler Avacon/SVO - betrug vor Zinsen und Steuern 6,1 Mrd. Euro. Im Aufsichtsrat der SVO GmbH sitzen übrigens für den Landkreis Landrat Klaus Wiswe sowie aus den Reihen des Kreistages Dietrich-Wilhelm Ebeling (CDU) und Joachim Falkenhagen (FDP). Von der jährlichen Aufwandsentschädigung in Höhe von 4800 Euro dürfen sie laut Landkreisrichtlinien die Hälfte behalten, die andere Hälfte müssen sie an den Kreis abführen; damit kriegen sie ihre Häuser aber doch schon fast geheizt.

Schnapsidee

In der Berufungsverhandlung gab es jetzt eine "Hausnummer" für das Delikt,

mit besoffenem Kopf ein Polizeiauto zu klauen und gegen eine Wand zu setzen: 2500 Euro. Dazu wurde der seinerzeitige Vorsitzende des TuS Celle FC, Sebastian B., jetzt verurteilt, als er noch im Amte genau jenes tat. Letztlich aber nicht wegen der Tat an sich sondern wegen einer "fahrlässigen Rauschtat". Den Schaden muss er aber schon ersetzen.

Wallat tritt zurück

Kandidatin für den Wahlkreis Celle-Stadt scheint Annette von Pogrell zu sein, Juristin, Mutter von fünf Kindern, Tochter des SPD-"Urgesteins" Rüdiger von Borke. Die bisherige Landtagsabgeordnete Anei Wiegel wollte nicht erneut antreten. Diese "Wahl" hatte Konsequenzen für die Partei: Nachdem Wolf Wallats Ansinnen, bei den 2008 anstehenden Landtagswahlen als Kandidat der SPD ins Rennen zu gehen, schon in der Mitgliederversammlung des Celler Ortsvereins scheiterte, kandidiert er nicht erneut für das Amt des Unterbezirksvorsitzenden der Partei.

Hakenkreuze an der Hauswand

Im März wurde ein Haus in Hambühren von bislang unbekanntem Tätern mit Hakenkreuzen und ausländerfeindlichen Sprüchen beschmiert. Sie hinterließen an der gesamten Fassade ihre Schmierereien und entkamen unerkannt. In dem Haus lebt eine kurdisch-stämmige Familie. Mit schwarzer Farbe beschmierten die Täter zudem einen Großteil der Fenster und auch Pflastersteine im Bereich der Terrasse und des Eingangsbereiches. Auch die Garage und ein auf dem Grundstück abgestellter Anhänger blieben nicht unverschont. Der entstandene Schaden dürfte sich nach ersten Schätzungen auf über 5000 Euro belaufen.



Zwei neue Bücher von Hans Pleschinski "Wer in Celle nichts sieht, sieht auch woanders nichts"



Wer in Celle gebürtig ist, darf sich nach dem lokalen Reglement "Cellenser" nennen. Gilt das eigentlich auch, wenn's nur der Kreißsaal war, der einen das Licht der Welt nun gerade hier erblicken ließ? Hans Pleschinski, der heute in München lebende

Schriftsteller, fällt in diese Zwischenkategorie. Denn aufgewachsen ist er in Wittingen im Landkreis Gifhorn. Und doch verbindet ihn scheinbar mehr mit Celle als die im hiesigen Johanniter Altenheim verbrachte Zivildienstzeit, von der so amüsant in dem 2002 erschienenen Roman "Bildnis eines Unsichtbaren" berichtet wurde. "Celler Seligkeiten" ist der Titel eines kleinen Essays, der jetzt im "Verbot der Nüchternheit", dem neuen Buch von Pleschinski, Aufnahme fand. Er beginnt mit der Erinnerung "Als Kind wollte ich meistens in London oder in Celle leben" und endet mit der Feststellung: "Wer in Celle nichts sieht, sieht auch woanders nichts". Des Autors Vorlieben für die Bearbeitung historischen Materials wie in den Romanen "Pest und Moor", "Holzvulkan" oder "Brabant" scheinen einen Urgrund in der Faszination zu haben, den der Besuch des Schlosses und der sich darum rankenden Geschichten beim Neunjährigen auslösten und ihn eintauchen ließen in einen "europäischen Geschichtenvorrat".

Etliche der versammelten Erzählungen nehmen die Leserschaft mit auf eine Erinnerungstour in die 60er und 70er Jahre des vergangenen Jahrhunderts, wobei "Die Osteide, das tolle Nichts" - also jener Landstrich entlang der ehemaligen Grenze zur DDR, in dem Pleschinski seine ersten 20 Lebensjahre verbrachte - den Menschen der Südheide in mehrfacher Hinsicht nicht allzu fern erscheinen dürfte. Wenn als Fazit der liebevollen Beschreibung des Landstrichs konstatiert wird, dass die Melancholie hier ihren Platz habe und die Lebensfreude zu einer besonderen Anstrengung aufgefordert ist, trifft dies auch unsere 50 km westlich befindliche Lebenswelt.

Gut zwei Dutzend kleinere Texte, Erzählungen und Aufsätze aus den Jahren 1983 bis 2005 sind im "Verbot der Nüchternheit" zusammengetragen. Der Untertitel "Kleines Brevier für ein besseres Leben" will leider mehr aus dieser Sammlung machen, als sie ist. Oder auch weniger: Denn es handelt sich nicht um betuliche oder philosophisch angehauchte Lebensweisheiten. Vielmehr finden sich bissig-unterhaltsame Storys wie jene, in der eine junge Journalistin ein Interview mit einem Rechtsextremisten abbricht, indem sie seinen rassistischen Redeschwall mit einem Stoß in eine Schlucht beendet. Ähnlich gewaltsam endet auch die über drei Episoden sich vollziehende Trennungsgeschichte einer brilli-

ant beschriebenen Gieslinde von ihrem Peter. Eine erstaunliches Stück Fiction begegnet uns in "Ausflug '83", weil aus der Perspektive eines ungeteilten Deutschland erzählt wird, dass im Unterschied zu Italien den Weg in den Faschismus nicht nahm. Kurzum: Ein absolut taugliches Buch für eine längere Zugfahrt oder für den Nachttisch.

Im vergangenen Jahr sind wir nicht dazu gekommen, Pleschinskis Roman "Leichtes Licht" vorzustellen. Obwohl dieses Buch mit einer großen Leichtigkeit daherkommt, birgt es doch einiges an Irritationen. Weil es eigentlich kein Roman, sondern eher eine Novelle, oder besser gesagt eine Anti-Novelle ist. Vielmehr noch, weil so die Intention des Autors im Vagen zu bleiben scheint. Christine Perlacher, eine 42-jährige Sozialarbeiterin aus Hamburg, macht sich im kalten Februar zu einem Single-Urlaub nach Teneriffa auf. Auftanken sozusagen. Obwohl sie auf diesem kurzen Trip Menschen begegnet, begegnet sie ihnen urlaubstypischerweise eigentlich nicht. Denn begegnen kann man dieser Perlacher auch nicht. Sie ist nach außen nur Fassade und will auch so wahrgenommen werden. Ein Spiel mit unterschiedlichen, aber klar definierten Rollen. Im Zentrum des Textes stehen ihre Reflexionen: über die Arbeit, die Kollegen, ihr Alter, ihre Beziehungen, andere Urlauber und die Einheimischen. Und diese Gedanken sind scheinbar fixiert darauf, nichts aus einem kunstvollen Gleichgewicht geraten zu lassen. Alles lässt sich in einem "sowohl als auch" und einem "zwar aber" anordnen. Jedes Ressentiment wird als solches bemerkt und mit einem weltoffenen Kontrapunkt versehen. Wie anstrengend die Herstellung dieser permanenten gedanklichen Balance ist, spiegelt sich in ihrer Erschöpfung. Im Geiste formuliert sie nacheinander drei e-mails an ihre Hamburger "Lover", die Bedürfnisse formulieren, aber wegen ihrer sich ausschließenden Gegensätzlichkeit aber nicht abgeschickt werden. Sie bleibt statt dessen bei ihrer Inszenierung einer begehrenswerten Frau.

Viele Besprechungen betonen das Unterhaltsame des Romans und sehen in der Protagonistin gewissermaßen ein "role model" für weibliche Singles. Pleschinskis Texte sind zwar selten vordergründige Gesellschaftskritik, als zustimmendes Gedudel sollte man sie aber nicht lesen.

Hans Pleschinski ist am 27. April, um 19 Uhr, zu einer Lesung aus "Verbot der Nüchternheit" im Celler Bomann-Museum.

Verbot der Nüchternheit. Kleines Brevier für ein besseres Leben. München (Beck) 2007. 260 Seiten. 19.90 Euro (ISBN 978-3-406-55616-6)
Leichtes Licht. Roman. München (Beck) 2005. 159 Seiten. 14.90 Euro (ISBN 978-3-406-52928-3).

Ein topographischer Überblick Celle im Nationalsozialismus



Seit 1998 bieten sie historische Stadtrundgänge zum Thema Nationalsozialismus an. Jetzt haben Reinhard Rohde und Tim Wegener hierzu eine 80-seitige Broschüre erarbeitet. Darin wird deutlich, dass die Vernichtung der europäischen Juden

einen Anfang in der unmittelbaren Nachbarschaft hatte, dass Opfer und Täter in den Mauern dieser Stadt lebten und auch der Widerstand seine eigenen Orte hatte. In thematisch geord-

neten Blöcken werden die Organisationen der NSDAP, die für Celle wichtigen Institutionen der Justiz, die Gleichschaltung der Gesellschaft, die Verfolgung der jüdischen Bevölkerung, Widerstand und Dissidenz sowie das Kriegsendverbrechen des Massakers vom 8. April 1945 behandelt. Eine kleines Kapitel zur Erinnerungskultur und eine umfangreiche Literaturliste runden die gut illustrierte Broschüre ab.

Ab dem 7. April ist der kleine Band für 4 Euro im Celler Buchhandel erhältlich.

Termine im Kino achteinhalb:



Kino achteinhalb, Gelände der CD-Kaserne neben dem Bunten Haus, Hannoversche Str. 30, Celle
Wenn nichts anderes erwähnt wird, immer freitags, Beginn: 20.30 Uhr
Eintritt: 4,50 EUR

30./31.03. 2007 – 20.30 Uhr und Sonntag, 1. 04. - 20.00 Uhr Verfolgt

Deutschland 2006, Kinostart: 4.1.2007, Länge: 87 min
Regisseurin Angelina Maccarone („Fremde Haut“) erweist sich auch in ihrem dritten Spielfilm als Meisterin der nuancierten Inszenierung zwischenmenschlicher Beziehungen. In „Verfolgt“ treffen die 49jährige Bewährungshelferin Elsa und der 16jährige Straftäter Jan aufeinander und beginnen gegen alle Umstände und Wahrscheinlichkeit eine sadomasochistische Beziehung miteinander. Ein düsteres und mitreißendes Kammerspiel um Dominanz, Unterwerfung, Sucht, Befreiung, Liebe und das ganz normale Leben.

6./7.04.2007 Adams Äpfel - Gott ist auf meiner Seite

Dänemark 2005, Kinostart 31.8.2006 Länge: 89 min.
Dänischer Schwarzhumor, solide Handarbeit und ein liebevoller Umgang mit den gestörten Protagonisten des Films machen „Adams Äpfel“ von "Dänische Delikatessen"-Regisseur Anders Thomas Jensen zu einem der verrücktesten und lustigsten Filme des Sommers: Neonazi Adam wird zur Rehabilitation aufs Land geschickt. Dort gerät er unter die Fittiche von Pfarrer Ivan, der mindestens ebenso verrückt ist wie seine Schäfchen – ein Terrorist, ein Alkoholiker und ein alter Nazi - und dessen Naivität Adam zur Weißglut treibt. Ohne es eigentlich recht zu wollen, verbeißt er sich in einen Kreuzzug gegen die manische Güte des Pfarrers.

13./14.04. 2007 Vom Schaukeln der Dinge

Deutschland 2005, Kinostart: 16.11.2006, 80 Min.

Regie: Beatrix Schwehm. Mit Rudolf Höhn u.a.

Beatrix Schwehms Portrait über den Schauspieler und Kabarettisten Rudolf Höhn ist eine wunderbare Auseinandersetzung mit einer ganz besonderen Persönlichkeit. Die Dokumentation begleitet ihn bei dem alltäglichen Umgang mit seiner Parkinson-Erkrankung, ist dabei niemals Betroffenheitskino, sondern immer kraftvoll und überaus inspirierend.

20./21.04. 2007 Paris, je t'aime

Frankreich 2006, Kinostart am 25.01.07, Länge 120 Minuten
Vielen galt zuletzt „Die wunderbare Welt der Amélie“ als ultimativer Film über Paris. Das könnte sich mit dem Kompilationsfilm „Paris, je t'aime“ ändern. 21 namhafte internationale Regisseure erzählen in 18 mal fünf Minuten kleine mal mehr, mal weniger romantische Begegnungen in der Stadt der Liebe und führen ihr Starpersonal und den Betrachter an bekannte, aber auch an unbekannte Orte, manchmal auch auf falsche Fahrten. Die Geschichten sind dabei so vielfältig wie die aus aller Herren Länder stammenden Menschen und die Arrondissements der französischen Metropole.

27./28.04.2 007 Vitus

Schweiz 2005, Kinostart: 21. Dezember 2006, Länge: 122 Minuten

Ein hochbegabter Junge, dessen Karriere als Pianist von seiner ehrgeizigen Mutter forciert wird, findet eine kindgerechte Rückzugsmöglichkeit bei seinem erdverbundenen Großvater, der auch noch zu ihm hält, als er durch einen Sturz vom Balkon zum "normalen" Kind wird. Die mit märchenhaften Untertönen konventionell, aber wirkungsvoll und anrührend erzählte Geschichte einer Menschwerdung mit geschliffenen Dialogen und eindrucksvollen schauspielerischen Leistungen. Eine Liebeserklärung an die Kindheit und die Musik.

TERMINE

So. 25.03. bis So. 03.06.2007

Verfolgung und Ermordung der Europäischen Juden 1933 - 1945. Wanderausstellung aus dem Haus der Wannsee-Konferenz, Berlin
1941 kaufte die SS eine teure Villa in einem eleganten Vorort im Süden von Berlin, gelegen an einem malerisch schönen See: dem Großen Wannsee. Diese Villa wurde zu einem Gäste- und Tagungshaus der SS umgebaut. Am 20. Januar 1942 fand dort eine höchstens zweistündige Besprechung von hohen Staatsbeamten und SS-Männern statt. Der einzige Tagesordnungspunkt der "Besprechung mit anschließendem Frühstück" war die "Endlösung der Judenfrage".
Die 15 Teilnehmer der "Wannsee-Konferenz" besprachen ihre Zusammenarbeit bei der Deportation aller europäischen Juden in die eroberten Gebiete in Ost-Europa. Das über die "Besprechung" verfasste Protokoll ging als "Wannsee-Protokoll" in die Geschichte ein.

Veranstalter: Stadt Celle, Gesellschaft für Christlich-jüdische Zusammenarbeit Celle e. V., Jüdische Gemeinde Celle e.V.

Einen Überblick über die Texte und Ausstellungstafeln gibt es unter:
<http://www.ghwk.de/deut/Wanderausstellung/Wanderausstellung0.htm>
Öffnungszeiten: Di - Do: 12.00 - 17.00, Fr: 9.00 - 14.00, So: 11.00 - 16.00
Celler Synagoge, Celle, Im Kreise 24

Mo. 02.04.2007, 18:30 Uhr

Bildungs-Veranstaltung
Die Antifa Initiative SFA und DGB-Kulturarbeitskreis laden mit Unterstützung von DGB, Jusos, SPD, Grünen ein:
Es gibt "laufende Bilder" über Nazis und Nazi-Aktivitäten in Soltau-Fallingbostel und Umgebung und ein Sprecher des Bündnis gegen Rechtsextremismus Dörverden berichtet über die Quasi-Enteignung von Riegers "Wilhelm-Tietjen-Stiftung Ltd.", die am Montag 19.3.07 nach einem Gerichtsbeschluss in Pöbneck durchgezogen wurde.
Unser Freund aus Dörverden erzählt dazu auch, was z.Zt. auf dem bisheri-

gen Nazizentrum Heisenhof läuft. Jugendzentrum Walsrode

Mi. 04.04.2007, Einlass 20:00 Uhr, Beginn 21:00 Uhr

Konzert mit Patchanka
Patchanka sind eine Latin - Ska Band aus Kopenhagen. Musikalisch sind sie mit Bands wie Panteon Rococo und Obrint Pas zu vergleichen.
Eintritt: 4,-
UJZ Kornstrasse, Hannover, Kornstrasse 28-30

Sa. 07.04.2007, 14:00 Uhr

Kranzniederlegung zum Jahrestag des Massakers vom 8. April 1945
Veranstalter: VVN-BdA
Waldfriedhof, Celle

So. 08.04.2007, 15:00 Uhr

Stadtrundgang zu "Celle im Nationalsozialismus"
Mit Tim Wegener und Reinhard Rohde
Synagoge, Celle, Im Kreise

Fr. 13.04.2007, 21:00 Uhr

Recartney - eine Beatles Tribute Show
Eintritt: VVK: 10,90
CD-Kaserne, Celle, Hannoversche Str. 30

Sa. 14.04.2007, 21:00 Uhr

Funk & Soul live mit "applegreen" aus Braunschweig und "Q-Bic" aus Hannover
Eintritt: VVK: 6,90
CD-Kaserne, Celle, Hannoversche Str. 30

So. 15.04.2007, 13:00 Uhr

Gedenkfeier der Arbeitsgemeinschaft Bergen-Belsen e.V. und des Internationalen Jugendworkcamps Bergen-Belsen am Jahrestag der Befreiung des KZ Bergen-Belsen Stalag-Friedhof Belsen-Hörsten (an der Straße

Ostenholz-Bergen)

Di. 17.04.2007, 19:00 Uhr

Bunt und Braun? Ideologien und Propaganda der Neonazis von heute
Vortrag eines Referenten von apabiz e.V. (antifaschistisches Pressearchiv und Bildungszentrum) aus Berlin.
Kern ist die Sichtbarmachung von Schnittstellen zwischen linken und rechten Inhalten, z.B. Globalisierungskritik. Es wird ein Blick auf die "neuen" Parolen und Erscheinungsformen der extremen rechten Szene geworfen und der dahinterstehende alte braune Mief von Antisemitismus, Rassismus und Nationalismus enttarnt.
Veranstalter: Forum gegen Gewalt und Rechtsextremismus
Gemeindesaal der Pauluskirche, Celle, Rostocker Str.

Mi. 18.04.2007, 16:00 Uhr

Antifa-Bildungstag der GEW für Lehrkräfte und andere.
Schulzentrum Walsrode

Sa. 21.04.2007, 21:00 Uhr

Feuerschwanz - Mittelalter-Folk-Comedy
Eintritt: VVK: 10,90
CD-Kaserne, Celle, Hannoversche Str. 30

So. 22.04.2007, 11:00 Uhr

Steinerne Zeugen der Geschichte des Kriegsgefangenen- und Konzentrationslagers Bergen-Belsen
Führung mit Sabine Bergmann über das Gelände des ehemaligen Lagers
Gedenkstätte Bergen-Belsen

Anzeige:

**selbstorganisiert
kämpferisch
solidarisch**
[eine andere gewerkschaft ist möglich]

FAU*IAA
Freie ArbeiterInnen Union

www.fau.org

TERMINE

So. 22.04.2007, 20:00 Uhr

Revolte Springen - Kleinstadtmusical
Veranstaltungen der Roten Hilfe e.V.
OG Hannover
UJZ Korn, Hannover, Kornstr. 28

Do. 26.04.2007, 19:30 Uhr

Wasserprivatisierung - der Zugriff auf
das blaue Gold
Referent: Philipp Terhorst (Berlin)
Von Berlin bis Kapstadt wird Wasser
zur Handelsware. Neben der
Abschaffung der kommunalen
Selbstverwaltungsrechte folgen
Senkung der Standards und
Lohndumping. Im EU-Binnenmarkt
sowie bei den GATS-Verhandlungen
der Welthandelsorganisation steht nur
die Marktöffnung im Mittelpunkt.
Nötig ist allerdings eine öffentliche und
partizipative Diskussion über eine sozial
angemessene und nachhaltige inter-
nationale Nutzung des Wassers.
Veranstalter:
Rosa Luxemburg Club Celle
Buntes Haus, Celle,
Hannoversche Straße 30 f.

Fr. 27.04.2007, 19:00 Uhr

Hans Pleschinski liest aus seinem
neuen Buch "Verbot der Nüchternheit.
Brevier für ein besseres Leben"
Bomann-Museum, Celle

Sa. 28.04.2007, 20:00 Uhr

Anna singt! - CD-Release-Konzert der
Singer-Songwriterin Anna Ratsch-
Heitmann
Eintritt: VVK: 10,90
CD-Kaserne, Celle,
Hannoversche Str. 30

Mo. 30.04.2007, 20:00 Uhr

"Vorwärts, und nicht vergessen ..."
Party zum Internationalen Kampftag
der Arbeiterbewegung
Veranstalter: ver.di
Eintritt: 2,-
Buntes Haus, Celle,
Hannoversche Straße 30 f.

So. 06.05.2007, 14:00 Uhr

Vorerst letzter "Sonntagsspaziergang"
zum (oder diesmal auf dem) Heisenhof.
Start an der Kirche in Barme

Di. 08. 05.2007, 20:00 Uhr

Nach Heiligendamm und zurück - aber
sicher
Veranstaltungen der Roten Hilfe e.V.
OG Hannover
Pavillon am Raschplatz, Hannover

Fr. 11.05.2007 + Sa. 12.05.2007

Celle Rock City - Festival u.a. mit
Gorilla Monsoon, Ohrenfeindt,
Sufferage uvm.
Eintritt: VVK: 10,90
CD-Kaserne, Celle,
Hannoversche Str. 30

Mo. 14.05.2007, 19:00 Uhr

Informationen zum
Gefährderanschreiben
Veranstaltungen der Roten Hilfe e.V.
OG Hannover
Pavillon am Raschplatz, Hannover

So. 20.05.2007, 11:00 Uhr

Ein Tagebuch in Bildern.
Zsuzsa Merényi im Konzentrationslager
Bergen-Belsen
Vortrag von Christian Wolpers
Gedenkstätte Bergen-Belsen

Anzeige:

Oops!

...veranstaltung geplant
und mir zu erzählen?
... wir stellen referentinnen.
... do 15 h bis 19 h und
auch abends.

antifaschistisches
pressearchive und
bildungszentrum
berlin e.v.
Isaackstr. 10, 10999 Berlin
Tel./Fax 030.6116249
www.apabiz.de mail@apabiz.de

Ständige Termine:

Attac-Plenum

Jeden. 1. und 3. Do. im Monat
19.30 Uhr in der Deutschen
Angestellten Akademie,
Spörckenstr. 63

Ständige Termine:

Arbeitskreis "Eine Welt"

jeden Mi. 19.30 Uhr im Weltladen
(Zöllnerstrasse 29)

Weltladen Öffnungszeiten:

Di - Fr: 10-17 Uhr
Sa: 10 -13 Uhr

AK Ausländer

jeden 3. Mo. im Monat
18.00 Uhr Urbanus-Rhegius-
Haus, Fritzenwiese

Termine im Bunten Haus:

(CD-Kaserne
hinten links Halle 12)
Hannoversche Str 30f
29221 Celle, Tel.: 907927

Fahrradwerkstatt:

jeden Mi. ab 19 Uhr

Antifa-Café:

jeden 1. Mi. im Monat, 19.00 Uhr

Archiv

jeden Do., 17-19 Uhr

KDV-Beratung

jeden Do., 17-19 Uhr

Erwerbslosenini Celle

Individuelle Hilfe bei Problemen
mit dem ALG II
jeden Do., 17-19 Uhr

Rick's Café

Café-Termin von und für
MigrantInnen
2. und 4. Di. im Monat 16 - 19 Uhr

Plenum

jeden Do. 19 Uhr

Volxküche

jeden So. 18 Uhr

Forum gegen Atomenergie

jeden 1. Di. im Monat, 20.00 Uhr